

**Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen**

**FKKS**

in Osteuropa  
an der Universität Mannheim

---

**Untersuchungen aus dem FKKS 14/1997**

**Oktober 1997**

**Franz Preißler**

**Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen  
Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur**

## **Inhalt**

1 Einleitung .....	3
2 Die Einstellungen der Bevölkerung zum Umbruch.....	7
3 Unterschiedliche Wege der Messung demokratischer Werthaltungen.....	9
4 Sehnsucht nach "law and order"? .....	11
5 Sehnsucht nach der Diktatur des "starken Mannes"? .....	15
6 Die Einstellungen zu Kernelementen der Demokratie in den Jahren 1990 bis 1993.....	19
8 Warum siegte Jelzin bei den Präsidentschaftswahlen? .....	30
9 Zusammenfassung und Ausblick.....	33

## 1 Einleitung

"Die gewachsene politische Kultur wird dazu beitragen, daß sie (die Rufe nach einem starken Machtstaat - F.P.) nicht ungehört verhallen. Große Teile der Gesellschaft sind bereit, eine autoritäre Staatsgewalt hinzunehmen, ja sie wird als Voraussetzung für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung betrachtet."<sup>1</sup>

Gerhard Simon

Nach einer längeren Phase politischer Instabilität, die mit dem Einmarsch in Tschetschenien begann und mit Jelzins Rekonvaleszenz Ende 1996 ihren vorläufigen Abschluß fand, scheint sich die russische Politik wieder in etwas ruhigerem Fahrwasser zu bewegen. Dies hängt nicht zuletzt mit der demokratischen Wiederwahl von Präsident Jelzin im Juli 1996 zusammen. Noch Anfang 1995 war aber der Krieg gegen Tschetschenien von Beobachtern als Ausdruck einer schleichenden autoritären Transformation Rußlands interpretiert worden.<sup>2</sup> Vor den Parlamentswahlen im Dezember 1995, vor allem aber in der ersten Jahreshälfte des Jahres 1996, wurde nicht ausgeschlossen, daß Jelzin die Wahlen verschieben oder ganz absagen, d.h. die Demokratie aufgeben und ein Präsidialregime errichten könnte. In dieses Bild paßte, daß Vertreter der neuen Finanzelite sich schon 1995 für eine Verschiebung der Wahlen ausgesprochen hatten. Ende April 1996 riefen sie die zwei größten politischen Lager zu einem politischen Kompromiß auf und warnten insbesondere die Kommunisten vor ideologischem Revanchismus und einer Verschärfung der sozialen Konfrontation.<sup>3</sup> Nur wenige Tage danach sprach sich der damalige Chef von Jelzins Sicherheitsdienst in einer britischen Zeitung offen für eine Verschiebung der Wahlen aus.<sup>4</sup> Daß die Präsidentschaftswahlen reibungslos über die Bühne gingen und Jelzin gewann, ließ einige Beobachter annehmen, daß Rußland nun in den nächsten Jahren den endgültigen Durchbruch zur Demokratie und Marktwirtschaft schaffen werde.<sup>5</sup> Auch die gegenwärtige relative Stabilität sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Rußland weiterhin vor allem eine ungefestigte Demokratie inmitten einer wirtschaftlichen Krise und rasanten sozialen Wandels bleibt.

Ohnehin wird eine autoritäre Entwicklung von etlichen Beobachtern der politischen Szenerie Rußlands für wahrscheinlich gehalten. Nicht wenige betrachten in diesem Zusammenhang die politische Kultur Rußlands als eine Hypothek für den Aufbau parlamentarisch-demokratischer Institutionen. Politische Kultur umfaßt hierbei die Einstellungen und das Verhalten der breiten Bevölkerung und der Eliten, die zusammen die politische

---

<sup>1</sup> Simon, Gerhard: Rückkehr der Geschichte: Elemente der politischen Kultur in Russland, in: Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Jahrbuch 1994/95. München u.a. 1995, S.29-39, hier S.35

<sup>2</sup> Schulze, Peter W.: Die autoritäre Transformation der russischen Demokratie, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 1995, 4, S.306-317

<sup>3</sup> Kommersant-Daily, 14.3.1995; Izvestija, 27.4.1996

<sup>4</sup> The Observer, 5.5.1996

<sup>5</sup> Rahr, Alexander: Neue Macht im Kreml, in: Internationale Politik, 8/1996, S.59f., hier S.59

Mentalität formen und nachhaltig auf die politischen Institutionen wirken.<sup>6</sup> Große Teile der Gesellschaft Rußlands sehen, so die These dieser Beobachter, in einer autoritären Staatsgewalt die Voraussetzung für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung.<sup>7</sup> Eine Entwicklung des politischen Systems hin zu einem autoritären Populismus, der sich auf starke Strömungen in der russischen Bevölkerung stützen könne, wird dementsprechend für am wahrscheinlichsten gehalten.<sup>8</sup> Es findet sich sogar die Behauptung, daß die Bevölkerung die Errichtung einer auf die Reste der alten Machtapparate gestützten Präsidialdiktatur, die die Unterdrückung sozialen Protests einschließen würde, wenn dadurch die wirtschaftlichen Probleme beseitigt werden könnten.<sup>9</sup>

Ein Übergang von demokratischer zu autoritärer Herrschaft wird also für wahrscheinlich gehalten. Dabei wird davon ausgegangen, daß die politischen Einstellungen der Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zu einer solchen Entwicklung führen bzw. ihr förderlich sein werden. Um diese Thesen zu überprüfen, erscheint zum einen eine genauere Bestimmung der Charakteristika beider Herrschaftsformen angebracht. Als konstitutive Merkmale autoritärer politischer Systeme gelten die Herrschaft selbsternannter oder nichtabwählbarer Führungsschichten oder eines selbsternannten Führers, geringe Chancen unbehinderter gesellschaftlicher Interessenartikulation, Willensbildung und Entscheidungsfindung, des weiteren die Vorherrschaft von gesteuerter politischer Beteiligung.<sup>10</sup> Demgegenüber zeichnen sich Demokratien durch die folgenreiche Partizipation der erwachsenen Bevölkerung bei der (Ab)Wahl der politischen Führung, welche in regelmäßigen Zeitabständen im Rahmen allgemeiner, freier und gleicher Wahlen erfolgt, und durch ein hohes Maß unbehinderter Interessen- und Meinungsäußerung, von Interessenbündelung und Opposition aus.<sup>11</sup> Unter Demokratisierung kann der Vorgang der Bildung, Erhaltung, Erweiterung oder politisch-kulturellen Verwurzelung einer Demokratie, also die Zunahme des aktiven Anteils der Beherrschten an der Herrschaft verstanden werden.<sup>12</sup> Wünschen sich nennenswerte Teile der Bevölkerung Rußlands eine autoritäre Staatsgewalt oder gar eine Diktatur des Präsidenten? Sind sie bereit, ihre Freiheit gegen die Herrschaft selbsternannter oder nichtabwählbarer Führungsschichten oder eines selbsternannten Führers, der Sicherheit und Ordnung garantiert, einzutauschen?

---

<sup>6</sup> Simon, Gerhard: Rückkehr der Geschichte, S.29. Vgl. hierzu auch die ähnliche Argumentation Wolfgang Pfeilers, der unter politischer Kultur "die Gesamtheit der politischen Traditionen, der Werte, Normen und Einstellungen, die heute die Gesellschaft des Landes prägen" versteht. Pfeiler, Wolfgang: Historische Rahmenbedingungen der russischen politischen Kultur, in: Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hrsg.): Rußland auf dem Weg zur Demokratie? Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1992, S.13-42, hier S.14 und S.38ff.

<sup>7</sup> Simon, Rückkehr der Geschichte, S.35. Vgl. auch die ähnliche Interpretation bei Shevtsova, Lilia/Bruckner, Scott A.: Russia: Toward Stability or Crisis?, in: Journal of Democracy, Vol.8, No.1, January 1997, S.12-26, hier S.24.

<sup>8</sup> Schröder, Hans-Henning, Politisch-ökonomische Interdependenzen in der russischen Transition, in: Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Jahrbuch 1994/95, München u.a. 1995, S.223-238, hier S.229

<sup>9</sup> Schröder, Hans-Henning: Die richtungslose Transformation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1995, 8, S. 936-945, hier S.945

<sup>10</sup> Schmidt, Manfred G.: "Autoritäres Regime", in: Ders.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, S.95-97

<sup>11</sup> Ders.: "Demokratie", in: Ebenda, S.205-207

<sup>12</sup> Ders.: "Demokratisierung", in: Ebenda, S.207f.

Doch worin bestehen die Entstehungsgründe autoritärer Systeme? Die Legitimität von Herrschaftssystemen und Regierungen hängt stark von ihrer Fähigkeit ab, Ordnung zu gewährleisten, das heißt das Leben, die Gesundheit und das Eigentum ihrer Bürger gegen Bedrohungen von außen und innen zu schützen und die wirtschaftlichen Probleme, vor denen jede Gesellschaft steht, zu lösen. Autoritäre politische Systeme entstehen deshalb oft als Folge einer schwerwiegenden und langandauernden Krise staatlichen Regierens innerhalb einer Demokratie.<sup>13</sup> Als mögliche Ursachen für die Etablierung eines autoritären Regimes werden vor allem soziale und wirtschaftliche Konflikte und ein Versagen neuer Demokratien, die Erwartungen breiter Bevölkerungsschichten zu erfüllen, des Weiteren ein aggressiver Nationalismus und gewaltsame ethnische Konflikte genannt.<sup>14</sup> Eine noch differenziertere Liste der Faktoren, die autoritäre Systemtransformationen begünstigen, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington zusammengestellt.<sup>15</sup> Die von ihm herausgearbeiteten Faktoren stehen in einem Wechselverhältnis, können aber nach objektiven und subjektiven Faktoren sowie nach Akteurstypen, d.h. den Eliten und der breiten Bevölkerung, differenziert werden. Als objektive Faktoren, die in diesem Jahrhundert zur Auflösung demokratischer Herrschaft führten, nennt Huntington zum einen eine soziale und politische Polarisierung, die ihm zufolge oft durch linke Regierungen, die schnell größere soziale und wirtschaftliche Reformen durchführen wollten, verursacht wurde. Als weitere objektive Faktoren führt er eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise an, die soziale Konflikte verschärfte und die Popularität von Heilmitteln steigerte, die nur durch eine autoritäre Regierung verabreicht werden konnten, schließlich noch den Zusammenbruch von Recht und Ordnung, der zum Beispiel durch Terrorismus oder Aufstände herbeigeführt wurde. Als subjektive Faktoren nennt Huntington das Fehlen demokratischer Werte bei der breiten Bevölkerung und/oder den Eliten, außerdem die Entschlossenheit von Gruppen der Mittel- und Oberschicht, populistische und linke Bewegungen oder Gruppen der Unterschicht von der Macht auszuschließen, um den politisch-wirtschaftlichen Status-quo aufrechtzuerhalten.<sup>16</sup>

Übergänge von demokratischer zu autoritärer Herrschaft seien, so Huntington, fast immer von den Machthabern oder von Personen in deren Umfeld herbeigeführt wurden. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurden demokratische Systeme durch Wahlen oder politische Aktionen der Bevölkerung abgeschafft. Der übliche Weg war vielmehr entweder ein Militärputsch, durch den demokratisch gewählte Regierungschefs ihr Amt verloren, oder ein Staatsstreich durch die Exekutive, bei dem demokratisch gewählte Vertreter der Exekutive über eine Verhängung des Ausnahmezustands die Macht in ihren Händen konzentrierten und damit die Demokratie beendeten. Wenngleich Huntington hier also die Bedeutung der Spitze des politischen Systems für die Herbeiführung autoritärer Herrschaft betont, weist er abschließend noch einmal auf die gesellschaftliche Ebene hin: "Ein dauerhaftes Unvermögen, für Wohlstand, Reichtum, Gleichheit, Gerechtigkeit, innere Ordnung oder äußere Sicherheit zu sorgen, könnte mit der Zeit auch die Legitimität von demokratischen Regierungen untergraben. In dem Maße, wie die Erinnerung an das Ver-

---

<sup>13</sup> Malloy, James: Contemporary Authoritarian Regimes, in: Encyclopedia of Government and Politics, Vol.1, ed. by M. Hawkeswarth and M. Kogan, London 1992, S.229-246, hier S.229f.

<sup>14</sup> Linz, Juan: "Authoritarianism", in: The Oxford Companion to Politics of the World, New York 1993, S.60-63, hier S.63

<sup>15</sup> Huntington, Samuel P.: Democracy's Third Wave, in: The Global Resurgence of Democracy, Second Edition, ed. by Larry Diamond and Marc F. Plattner, Baltimore and London 1996, S.3-25, hier S.3

<sup>16</sup> Huntington, Democracy's Third Wave, S.8f.

sagen autoritärer Systeme verblaßt, dürften die Irritationen über ein Versagen von Demokratien zunehmen."<sup>17</sup>

Ähnlich wie bei Huntington gelten auch in der Literatur über die Konsolidierungsaussichten der postkommunistischen Demokratien die zentralen politischen Institutionen, die vermittelnde Ebene der Interessengruppen und Parteien (Eliten) und schließlich die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den demokratischen Institutionen und Verfahren als die entscheidenden Bereiche.<sup>18</sup> Auch hier wird betont, daß mit der längerfristigen Loyalität der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber diesen Institutionen und Verfahren nur dann zu rechnen sein dürfte, wenn ihre soziale und/oder sozialpolitische Absicherung im Transformationsprozeß gewährleistet ist.<sup>19</sup> Zwar haben junge Demokratien im Gegensatz zu autoritären Systemen den Vorteil, sich nicht nur über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch stark über die Einhaltung demokratischer Verfahren legitimieren zu können. Auch verfügen sie oft über einen "negativen" Legitimitätsvorrat, da die Bürger als Reaktion auf die Funktionsschwächen und Menschenrechtsverletzungen des autoritären Vorgängerregimes den erneuten Übergang zu einem autoritären Regime ablehnen.<sup>20</sup> Trotzdem erhöht sich bei einer länger andauernden Unfähigkeit neuer Demokratien, die Erwartungen der breiten Bevölkerung zu erfüllen, die Wahrscheinlichkeit, daß auch die demokratischen Verfahren keine Systemunterstützung mehr hervorbringen und der "negative" Legitimitätsvorrat aufgezehrt wird. Bei der Frage nach den Chancen der Demokratisierung in Rußland sind deshalb die Einstellungen der Bürger zum Reformprozeß, die Einschätzungen der allgemeinen und persönlichen Situation einzubeziehen.

In der vorliegenden Studie soll deshalb in einem ersten Schritt gestützt auf Umfragen russischer Meinungsforschungsinstitute geklärt werden, wie die Bevölkerung Rußlands die allgemeine Situation wahrnimmt. Von Interesse ist hier insbesondere, ob größere Teile der Bevölkerung von einer Wirtschaftskrise oder einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, einem Zusammenbruch von Recht und Ordnung oder einer sozialen Polarisierung sprechen. Sprechen nennenswerte Teile der Bevölkerung den staatlichen Institutionen die Fähigkeit ab, physische und wirtschaftliche Sicherheit bereitzustellen? Angesichts der Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Krise und sozialem Umbruch wäre es eine Überraschung, wenn die Einschätzungen nicht in diese Richtung gehen würden. Die angeführten Umfragen beziehen sich überwiegend auf die Jahre 1994 bis 1996, so daß die Möglichkeit besteht, die Situationseinschätzungen und Meinungen zum Umbruch in Beziehung zum politischen (Wahl-)Verhalten im Juni und Juli 1996 zu setzen, um so ihre politische Relevanz zu klären.

---

<sup>17</sup> Ebd., S.9f.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu unter anderem Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Politische Theorien in der Ära der Transformation, hrsg. von Klaus von Beyme und Claus Offe (PVS Sonderheft 26/1995), S. 30-58, hier S.32; Mattusch, Katrin: Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa? Vom Zusammenwirken von Strukturen, Elitenprägung und Bevölkerungseinstellungen, in: Zusammenbruch des Sowjetsystems - Herausforderungen für die Soziologie, hrsg. von Balint Balla und Anton Sterbling, Hamburg 1996, S.179-209, hier S.182-187.

<sup>19</sup> Offe, Claus: Die „demokratische Revolution“ in Osteuropa - eine neue Bewährungsprobe der Demokratietheorie, in: ders., Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt 1994, S. 81-94, S.93

<sup>20</sup> Lipset, Seymour Martin: The Social Requisites of Democracy Revisited, in: Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Im Auftrag der DVPW herausgegeben von Gerhard Lehmann, Opladen 1995, S.287-314, hier S.296f.

Im weiteren soll dann untersucht werden, ob sich die russische Bevölkerung durch undemokratische Werthaltungen auszeichnet. Wie oben erwähnt, sehen etliche Autoren in der politischen Kultur Rußlands eine Hypothek für den Demokratisierungsprozeß und setzen ein Verlangen nach Ordnung mit einer autoritären Einstellung gleich. Anhand von Umfragen soll überprüft werden, wie stark verbreitet der Wunsch nach Ordnung, Sicherheit oder auch einem "starken Mann" ist und wie diese Präferenzen zu bewerten sind. Anhand zweier westlicher Untersuchungen über die politischen Werthaltungen der russischen Bevölkerung soll anschließend gezeigt werden, daß die Einschätzung einer politischen Kultur stark davon abhängt, woran die Forscher eine (un)demokratische Einstellung festmachen. Die Darstellung und Bewertung der Daten und Interpretationen westlicher und russischer Untersuchungen über die politische Kultur Rußlands zwischen 1990 und 1996 soll ermöglichen, Hypothesen über die Einstellungen der Bevölkerung Rußlands zu Kernelementen von Demokratie aufzustellen und eine Charakterisierung der politischen Kultur Rußlands vorzunehmen.

Die Relevanz der politischen Werthaltungen der Bevölkerung ergibt sich dabei nicht allein im Hinblick auf zukünftige Wahlen. Die Präferenzen der breiten Bevölkerung dürften auch das Verhalten einzelner Akteure beeinflussen. Denken zum Beispiel nennenswerte Teile der Bevölkerung an das Militär als einziger Institution, die für "Ordnung" sorgen kann, so könnten sich dadurch einzelne Militärs ermuntert fühlen, dementsprechend zu handeln. Eindeutig geringe Unterstützung für undemokratische politische Alternativen dürfte Akteure dagegen eher entmutigen - wenngleich nicht auf jeden Fall davon abhalten - diese anzustreben. Ein empirischer Nachweis, daß ein Großteil der Bevölkerung Kernelemente von Demokratie akzeptiert, würde die Chancen der Demokratisierung in Rußland in einem besseren oder zumindest in einem anderen Licht erscheinen lassen: Die Gefährdungspotentiale wären dann eher bei den Eliten und in der Exekutive zu suchen.

## **2 Die Einstellungen der Bevölkerung zum Umbruch**

Wie charakterisieren die Menschen in Rußland ihre Situation und die allgemeine soziale Lage? Sprechen die Menschen von einer sozialen oder politischen Polarisierung, einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise oder einem Zusammenbruch von Recht und Ordnung, die als Voraussetzungen für eine autoritäre Entwicklung gelten? Ein Großteil der Bevölkerung beschreibt die neue Wirklichkeit als Fehlen von Ordnung. Bei Umfragen des Rußländischen Zentrums für Meinungsforschung (VCIOM) lautete in den Jahren 1994 und 1995 die Situationseinschätzung von 51 Prozent der Befragten "Verlust der Ordnung, Anwachsen der Anarchie". 15 Prozent meinten, daß die alte Ordnung beibehalten worden sei. Nach Auffassung von nur sechs Prozent entwickelt sich eine Demokratie; vier Prozent sahen eine Diktatur entstehen.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Levada, Jurij: Faktory peremennye i postojannye: svodnyj monitoring 1994-1995 gg., in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny: Monitoring obščestvennogo mnenija*, 1995, 5, S.7-12, hier S. 9. Das Allrußländische (bis 1992 Allunions-)Zentrum für Meinungsforschung (Vserossijskij Centr Izučeniija Obščestvennogo Mnenija/VCIOM) besteht seit 1988 und ist in Rußland die größte Organisation, die auf der Basis einer repräsentativen Auswahl der städtischen und ländlichen Bevölkerung Rußlands (und auch der Nachbarstaaten) Meinungsumfragen und Marktanalysen durchführt. Veröffentlicht werden die Daten und Analysen des VCIOM in dem sechsmal jährlich in russischer und englischer Sprache erscheinenden Informationsbulletin "Ökonomische und soziale Veränderungen: Monitoring der öffentlichen Meinung". Im weiteren wird dieses Bulletin zitiert als: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny* ...

Es sind vor allem die wirtschaftlichen Probleme und die Kriminalität, die von den Menschen als Unordnung charakterisiert werden. So betrachteten im November 1994 82 Prozent der Befragten die Verarmung der Menschen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit, 78 Prozent den Anstieg der Korruption und der Anarchie als wichtige Veränderung. Gleichzeitig hielten 76 Prozent die Überwindung des Warenmangels für wichtig, der über lange Jahre ein Charakteristikum der sowjetischen Volkswirtschaft gewesen war. Schon deutlich weniger, nämlich nur die Hälfte der Bevölkerung, zählte die politischen Freiheiten zu den wichtigen Veränderungen. 31 Prozent hielten sie für unwichtig.<sup>22</sup>

Bei einer Umfrage des Instituts für Soziologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften im Juni 1995 wurden die Befragten gebeten, aus einer Liste von Problemen diejenigen zu benennen, die sie besonders beunruhigten. Am häufigsten wurde der Preisanstieg genannt (65 Prozent). Die Kriminalität nahm den zweiten Platz ein (49 Prozent) und an dritter Stelle folgte drohende Arbeitslosigkeit (31 Prozent).<sup>23</sup> Ein ähnliches Bild ergab sich bei mehreren VCIOM-Umfragen, die in den letzten beiden Monaten des Jahres 1995 durchgeführt wurden. Zwischen 43 und 54 Prozent der Befragten meinten, daß ihnen der Preisanstieg sehr große Sorgen mache. Zwischen 35 und 41 Prozent nannten die Kriminalität und 25 bis 37 Prozent den Krieg in Tschetschenien. Weitere Problembereiche waren die Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen und Gehältern, der Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit über die Zukunft und die Krise der Wirtschaft.<sup>24</sup> Ende des Jahres 1996 zählte für 42 Prozent der Befragten (häufigste Nennung) die Krise bei der Auszahlung von Löhnen und Renten zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 1996.<sup>25</sup>

Nach Angaben des VCIOM beschrieb in den Jahren 1994 und 1995 durchschnittlich ein Drittel der Befragten die eigene Situation als "schon nicht mehr auszuhalten". Immerhin die Hälfte der Befragten meinte jedoch, das Leben sei "schwierig, aber zu ertragen", und zehn Prozent charakterisierten ihre Lebenssituation dahingehend, daß "alles nicht so schlecht" sei und es sich leben lasse.<sup>26</sup> Die eigene Situation bzw. die der eigenen Familie wird von den Befragten dabei weniger schlecht als die des Landes eingeschätzt. Während Ende 1996 21 Prozent der Befragten meinten, das zurückliegende Jahr sei für sie selbst und ihre Familie "im ganzen gut" gewesen, dachten in bezug auf Rußland nur vier Prozent so. 24 Prozent charakterisierten das abgelaufene Jahr in persönlicher und familiärer Hinsicht als "schlecht und sehr schwierig". Daß es für Rußland so gewesen sei, meinten 36 Prozent. Als "eher schwierig" für sich und ihre Familie (für Rußland) charakterisierten 50 Prozent (55 Prozent) der Befragten das Jahr 1996.<sup>27</sup> Immerhin bezeichneten in dieser

---

<sup>22</sup> Levada, Jurij: "človek sovetskij" pjat' let spustja: 1989-1994 (predvaritel'nye itogi sravnitel'nogo issledovanija, in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1995, 1, S.9-14, hier S. 9

<sup>23</sup> Zerkalo mnenij. Rezul'taty sociologičeskogo oprosa naselenija Rossii, provedennogo v ijune 1995g., Rossijskaja Akademiya Nauk, Institut Sociologii/Centr "Socioekspres", Moskva 1995, S.6

<sup>24</sup> **E k o n o m i č e s k i e** i Social'nye Peremeny..., 1996, 1, S.5

<sup>25</sup> Es handelte sich um eine Umfrage des VCIOM, bei der die Respondenten drei Ereignisse nennen konnten. Auf Platz zwei (39 Prozent) folgten die Friedensvereinbarungen mit Tschetschenien und der Abzug der russischen Truppen aus der Republik, auf Platz drei (26 Prozent) die Präsidentschaftswahlen. Vgl. Segodnja, 31.12.1996

<sup>26</sup> Levada, Jurij: Faktory peremennye i postojannye: svodnyj monitoring 1994-1995 gg., in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1995, 5, S.7-12, hier S.7

<sup>27</sup> Petuchov, Vladimir/ ěpurenko, Aleksandr: Noch ein verlorenes Jahr? Politische Bilanz des Jahres 1996 im Massenbewußtsein der Russen, in: *Osteuropa*, 1997, 6, S.594-606, hier S.594. 1,2 Prozent der Befragten meinten, 1996 sei für sie "sehr erfolgreich" gewesen.



Umfrage 62 Prozent der Befragten ihre Lebensqualität als befriedigend, 12 Prozent als gut und 26 Prozent als schlecht.<sup>28</sup>

Im Oktober 1995 stimmten 45 Prozent der These zu, man solle den unrechtmäßig erworbenen Reichtum der "neuen Russen" konfiszieren - auch unter Einsatz von Gewalt. Daß nicht einmal die Hälfte der Befragten diesen populistischen Vorschlag unterstützte, ließ darauf schließen, daß die soziale Polarisierung nicht in breite politische Aktionen umschlagen würde.<sup>29</sup> In den Jahren 1993 bis 1996 hielten 20 bis 25 Prozent der Befragten es eher für wahrscheinlich, daß sie an Demonstrationen gegen den Preisanstieg und den Rückgang des Lebensstandards teilnehmen würden. 60 Prozent hielten dies eher für unwahrscheinlich.<sup>30</sup> Auf die Härten der russischen Transformation weist die Tatsache hin, daß die durchschnittliche Lebenserwartung von 64 Jahren im Jahr 1987 auf 57 Jahre im Jahr 1994 fiel - unter der auf den Philippinen oder der Indonesiens. Diese Entwicklung ist die Folge einer hohen Sterberate bei Säuglingen und der sozialen Marginalisierung vieler Rentner.<sup>31</sup> Insgesamt absorbiert der Umbruchsprozeß in einem hohen Maße die Energien der Bevölkerung, so daß für gesellschaftlich-politische Aktivitäten nur sehr wenig Platz ist. Nach Einschätzung von 43 Prozent der Befragten empfanden die Menschen ihrer eigenen Umgebung im Jahr 1996 vor allem Müdigkeit.<sup>32</sup>

Die dargestellten Umfrageergebnisse weisen vor allem auf das Fehlen von (sozialer) Ordnung hin. Es sind wirtschaftliche und soziale Probleme, die die Menschen beunruhigen. Gleichzeitig kann aber nicht von einem wirtschaftlichen Zusammenbruch oder einem Zusammenbruch von Recht und Ordnung gesprochen werden. Von immerhin der Hälfte der Bevölkerung wird die eigene Lebenssituation als zwar schwierig, aber erträglich, und von mindestens weiteren zehn Prozent als akzeptabel bzw. gut charakterisiert. Vor allem in bezug auf diese sechzig Prozent der Bevölkerung scheint zu gelten, "daß glücklicherweise viele soziale Gruppen und die meisten Einzelpersonen schrittweise lernen, sich an die neuen sozialen und wirtschaftlichen Mechanismen anzupassen, Nischen zu finden (und) ihren Lebensunterhalt aus unterschiedlichen Einkommensquellen zu bestreiten."<sup>33</sup> Das verbleibende Drittel der Bevölkerung muß dagegen eindeutig zu den Krisen- und Modernisierungsverlierern gezählt werden.

### **3 Unterschiedliche Wege der Messung demokratischer Werthaltungen**

Politische Kulturforscher gehen unterschiedlich vor, wenn sie die Einstellung der Bürger der postkommunistischen Staaten zur Demokratie messen. Der von der Europäischen Kommission herausgegebene Eurobarometer fragt regelmäßig nach der "Demokratiezufriedenheit" (democracy satisfaction). Da im November 1995 86 Prozent der Befragten in Rußland Unzufriedenheit über die Entwicklung der Demokratie

---

<sup>28</sup> Petuchov/epurenko, Noch ein verlorenes Jahr?, S.595

<sup>29</sup> Es handelte sich um eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Rußländischen Unabhängigen Institut für Soziale und Nationale Probleme durchgeführte Untersuchung über das Massenbewußtsein der russischen Bevölkerung. Vgl. auch FAZ, 20.2.1996, S.2

<sup>30</sup> *Ekonomičeskije i Social'nye Peremeny ...*, 1996, 6, S.54

<sup>31</sup> Mason, David/Orkeny, Antal/Sidorenko-Stephenson, Svetlana: Increasingly Fond Memories of a Grim Past, in: *Transition*, Vol.3, No.5, 21.3.1997, S.15-19, hier S.17, 19

<sup>32</sup> Segodnja, 31.12.1996, S.2

<sup>33</sup> Segbers, Klaus: Systemic Transformation in Russia: A Critical Revision of Methods, in: Segbers, Klaus/De Spiegeleire, Stephan (Eds): *Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union. Vol. I: Against the Background of the Former Soviet Union*, Baden-Baden 1995, S. 11-82, hier S.40

äußerten, wurde ein "Rekordniveau der negativen Meinung über die Demokratie" konstatiert.<sup>34</sup> Was verstanden die Befragten aber unter dem Begriff "Demokratie"? Sowohl westliche als auch russische Umfragen deuten darauf hin, daß die Befragten bei Demokratie in erster Linie an Regierung *für* das Volk, insbesondere soziale Rechte, weniger aber an die Institutionalisierung von politischem Wettbewerb und Freiheitsrechte denken.<sup>35</sup> Hinter der Unzufriedenheit über die Entwicklung der Demokratie dürfte somit das Gefühl gestanden haben, daß nicht für das Volk regiert wird - eine insbesondere in den östlichen Transformationsgesellschaften weit verbreitete Stimmung. Ähnlich problematisch wie direkte Fragen nach der Einstellung zur Demokratie sind Fragen nach der Einstellung zum früheren oder zum jetzigen System. Wenn Befragte in Umfragen die Meinung äußern, das Leben im früheren System sei besser als das gegenwärtige gewesen, kommt darin in erster Linie die Unzufriedenheit über die Gegenwart zum Ausdruck, ohne daß Schlüsse über die politischen Werthaltungen oder das Wahlverhalten gezogen werden können.<sup>36</sup>

Richard Pipes und Stephen White bezeichneten in den siebziger Jahren eine Furcht vor Unordnung und die Unterstützung starker Führerschaft als Hauptmerkmale der autoritären politischen Kultur des Russischen Reiches und auch der Sowjetunion.<sup>37</sup> Ob ein Verlangen nach starker Führung automatisch mit einer undemokratischen Einstellung gleichzusetzen ist, erscheint fragwürdig. Eine amerikanische Forschergruppe um William M. Reisinger wies darauf hin, daß sich starke (und Kontrollmechanismen unterworfenen) Führung und Demokratie in keiner Weise ausschließen. Ein zentrales Kriterium für die Bewertung der Forderung nach starker Führung sei vielmehr, ob der Befragte politische Führung zeitlich und dem Umfang nach beschränken wolle und wer seiner Auffassung nach für diese Beschränkungen sorgen solle.<sup>38</sup>

Demokratietheoretiker nennen den Glauben an die Legitimität öffentlichen politischen Wettbewerbs an erster Stelle unter den politisch-kulturellen Werten, die zu einer demokratischen Entwicklung beitragen.<sup>39</sup> Es erscheint deshalb sinnvoll, eine (un)demokratische politische Orientierung an der Einstellung zu den zentralen Elementen einer Demokratie festzumachen. Eine demokratische politische Werthaltung ist dann gegeben, wenn die regelmäßige Beteiligung der Bevölkerung bei der auf Wettbewerb

---

<sup>34</sup> Central and Eastern Eurobarometer, No.6, 1996, ed. by the European Commission, S.35

<sup>35</sup> Vgl. Rose, Richard, Choosing Democracy as the Lesser Evil, in: Transition, Vol. 2, 1996, 3.5., S. 40-45. Zum Demokratieverständnis siehe: Levada, J.: *Между авторитаризмом и анархией: российская демократия в глазах обывателя* -estvennogo mnenija, in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1995, 2, S.7-12, hier S.8; Gibson, James L.: The Resilience of Mass Support for Democratic Institutions and Processes in the Nascent Russian and Ukrainian Democracies, in: *Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia*, ed. by Vladimir Tismaneanu, Armonk/New York 1995, S.53-111, hier S.72ff.

<sup>36</sup> Ende Juli 1996, d.h. kurz nach den Präsidentschaftswahlen, äußerten sich in Rußland 60 Prozent positiv über *das politische Regime* vor der Perestrojka, nur 38 Prozent dagegen über das gegenwärtige. 53 Prozent gaben dem System, das sie in fünf Jahren für wahrscheinlich hielten, eine positive Beurteilung. Vgl. Rose, Richard/Tikhomirov, Evgeny: Russia's Forced-Choice Presidential Election, in: *Post-Soviet Affairs*, 1996, 4, S.351-379, hier S.358.

<sup>37</sup> Pipes, Richard: *Russia under the Old Regime*, New York 1974; White, Stephen: *The USSR: Patterns of Autocracy and Industrialism*, in: Archie Brown and Jack Grey (eds.): *Political Culture and Political Change in Communist States*, New York 1979, S.25-65

<sup>38</sup> William M. Reisinger, Arthur H. Miller, Vicki L. Hesli and Kristen Hill Maher: *Political Values in Russia, Ukraine and Lithuania: Sources and Implications for Democracy*, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 24, 1994, No. 2, S.183-223, hier S.188, Anm.9

<sup>39</sup> Dahl, Robert A.: *Democracy and Its Critics*, New Haven 1989, S.262

basierenden Wahl der politischen Führung, Freiheitsrechte<sup>40</sup> sowie Gewaltenteilung oder keine unkontrollierte Konzentration von Macht befürwortet werden. Einige Autoren differenzieren diese Elemente noch stärker und orientieren sich an der Einstellung zu Wahlen auf Wettbewerbsbasis, einem Mehrparteiensystem, unabhängigen Medien, zu den Freiheitsrechten und gegenüber den Rechten von Minderheiten.<sup>41</sup>

Bevor auf die Einstellungen der Bevölkerung Rußlands zu diesen Kernelementen von Demokratie eingegangen wird, soll überprüft werden, ob die These von Pipes und White auch für die Gegenwart zutrifft. Gibt es in der russischen Bevölkerung eine starke Sehnsucht nach Ordnung, nach "law and order", eine hohe Unterstützung für starke Führung, für einen "starken Mann"? Und sind solche Präferenzen - vorausgesetzt sie existieren - mit der Bereitschaft zu einer großen und unkontrollierten Machtkonzentration gleichzusetzen?

#### 4 Sehnsucht nach "law and order"?

"Die Forderung danach, Ordnung herzustellen - sogar 'um jeden Preis' - stößt auf die breiteste (deklarierte) Unterstützung." Mit diesem Satz charakterisierte Juri Lewada, der Direktor des VCIOM, Mitte der neunziger Jahre die Stimmungslage der Mehrheit der rußländischen Bevölkerung. Lewada zufolge stimmten im November 1994 81 Prozent der Befragten ganz oder im wesentlichen der These zu, der Staat solle "unverzüglich und um jeden Preis im Land für Ordnung sorgen".<sup>42</sup> Seit dem Jahr 1994 vertraten in Umfragen des VCIOM regelmäßig drei von vier Befragten die Ansicht, daß Rußland Ordnung gegenwärtig nötiger habe als Demokratie. Nur ungefähr jeder Zehnte hielt Demokratie für wichtiger.<sup>43</sup> In den ersten Monaten des Jahres 1996 ermittelte das Meinungsforschungsinstitut, was die Befragten in erster Linie von dem Präsidentschaftskandidaten, für den sie stimmen würden, erwarteten. Hierbei nannten 60 Prozent die Beendigung des Krieges in Tschetschenien, zwischen 51 und 58 Prozent die Stärkung von Gesetz und Ordnung und zwischen 41 und 54 Prozent die Wiederherstellung des Status Rußlands als geachteter Großmacht. Die Forderung nach Beendigung des Krieges in Tschetschenien kann dabei auch als Wunsch nach (innerstaatlicher) Ordnung und politischer Stabilität aufgefaßt werden.<sup>44</sup>

---

<sup>40</sup> Die Freiheitsrechte gewährleisten dem Bürger einen staatsfreien Raum. Zu den Freiheitsrechten zählen neben dem Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Bürgerrechte, insbesondere das Wahlrecht, berechtigen zu Einwirkungen auf den Staat. Freiheitsrechte sind auch in einem autoritären Staat denkbar, Bürgerrechte nicht. Freie Wahlen setzen Freiheitsrechte voraus.

<sup>41</sup> Vgl. Gibson, James L.: The Resilience of Mass Support for Democratic Institutions and Processes in the Nascent Russian and Ukrainian Democracies, in: Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia, ed. by Vladimir Tismaneanu, Armonk/New York 1995, S. 53-111, hier S.64-77

<sup>42</sup> Levada, Jurij: Meľdu avtoritarizmom i anarchiej: rossijskaja demokratija v glazach obã ~estvennogo mnenija, in: Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ..., 1995, 2, S.7-12, hier S.9

<sup>43</sup> Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ..., 1996, 6, S.56

<sup>44</sup> Segodnja, 21.3.1996. Die Werte sind jeweils die Höchst- und Niedrigstwerte der Befragungen in den ersten drei Monaten des Jahres 1996. Die im September 1996 unterzeichneten Friedensvereinbarungen mit Tschetschenien wurden Ende des Jahres dementsprechend als das wichtigste positive Ereignis des Jahres eingeschätzt. 80 Prozent der Befragten unterstützten diese Vereinbarung, nur 7,5 Prozent lehnten sie ab. Vgl. hierzu Nezavisimaja Gazeta, 17.1.1997, S.5.

Umfragen belegen ein relativ hohe Identifikation der Bevölkerung Rußlands mit der Kirche und der Armee. Im Januar 1995, das heißt unmittelbar nach Beginn des Krieges in Tschetschenien, meinten 47 Prozent der Befragten, daß die Kirche volles Vertrauen verdiene. An zweiter Stelle folgte mit 24 Prozent die Armee, an dritter Stelle mit 21 Prozent die Medien. Während nur acht Prozent der Befragten meinten, die Kirche verdiene überhaupt kein Vertrauen (bei den Medien und der Armee waren es 16 bzw. 22 Prozent), meinten dies im Hinblick auf Präsident Jelzin 48 Prozent, was den negativen Höchstwert darstellte.<sup>45</sup> Eine Umfrage des Instituts für Soziologie der Rußländischen Akademie der Wissenschaften im Juni 1995 lieferte ein identisches Bild. An der Spitze der Vertrauensskala lag die (Russische Orthodoxe) Kirche, der 56 Prozent der Befragten ganz oder im wesentlichen vertrauten. An zweiter Stelle folgte die Armee. Ihr vertrauten 49 Prozent ganz oder im wesentlichen. 43 Prozent vertrauten ihr nicht sehr bzw. überhaupt nicht. Am unteren Ende der Skala befanden sich die Staatsduma (18/66 Prozent), die Regierung, Vereinigungen von Privatunternehmern, der Föderationsrat und die politischen Parteien. Bei letzteren lauteten die entsprechenden Werte elf und 74 Prozent. Das Schlußlicht bildete Präsident Jelzin (16/78 Prozent). Nur ein Prozent der Befragten vertraute ihm vollständig, 47 Prozent dagegen überhaupt nicht.<sup>46</sup> Ende 1996, d.h. nach den Präsidentschaftswahlen, zeichnete eine andere Umfrage ein nur leicht verändertes Bild. Hier vertrauten der Kirche und den Streitkräften 31 bzw. 23 Prozent vollständig. Diesen beiden Institutionen folgten die politischen Spitzen der Gebiete bzw. Städte und Präsident Jelzin, denen zehn Prozent vollständig vertrauten. Kein Vertrauen setzten die Befragten vor allem in die politischen Parteien (52 Prozent), Präsident Jelzin und die Miliz (jeweils 49 Prozent), des weiteren in die Gewerkschaften, die Regierung und die Staatsduma (zwischen 45 und 42 Prozent). Im Unterschied zum Jahr 1995 verfügt Jelzin nun über einen Stamm von festen Anhängern, worin der Legitimitätszuwachs durch seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zum Ausdruck kommen dürfte.

Ist das große Vertrauen in die Kirche und die Armee als Ausdruck autoritärer Dispositionen bei einem Großteil der Bevölkerung der RF anzusehen? Oder dienen diese beiden Institutionen in erster Linie als Projektionsflächen für das Bedürfnis nach moralischer und gesellschaftlich-politischer Ordnung, sind sie imaginierte Stabilitätsinseln in einem Leben, das zu einem nicht geringen Teil aus Umbrüchen und Ungewißheiten besteht? Die Daten lassen darüber keine Rückschlüsse zu. Zu denken gibt, daß "reformnahen", mit den Umbrüchen eng in Zusammenhang stehenden Personen und Institutionen kaum Vertrauen entgegengebracht wird, dies aber eine hohe Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 und die Wiederwahl Jelzins nicht ausschloß. Viele Menschen empfinden sich als schwach und abhängig von einem Staat, der aber die sozialen Folgeerscheinungen des Übergangs zur Marktwirtschaft nur unzureichend bekämpft. Die Unzufriedenheit über die Härten der Transformation wird auf den Präsidenten, die Regierung, ja die Politik allgemein gerichtet. Die Enttäuschung über die Politiker führt zur Entfremdung zwischen der politischen Klasse und der Gesellschaft und dementsprechend niedrigen Vertrauenswerten.<sup>47</sup> Bei ihrer Wahlentscheidung folgen die Wähler dann aber

<sup>45</sup> *Ekonomičeskije i Social'nye Peremeny ...*, 1995, 2, S. 6

<sup>46</sup> *Zerkalo mnenij. Rezul'taty sociologičeskogo oprosa naselenija Rossii, provedennogo v ijune 1995g.*, Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Sociologii/Centr "Socioekspres", Moskva 1995, S.11f.

<sup>47</sup> Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa*, Gütersloh 1993, S.35-54, hier S.51f. und S.40; Lamentowicz, Wojtek: Politische Instabilität in Ost- und Mitteleuropa: innenpolitische Gefährdungen der europäischen Sicherheit und Integration, in: ebd., S.65-88, hier S.75; Levada, *Meľdu avtoritarizmom i anarchiej*, S.7

nicht nur diesen Gefühlen, sondern fragen auch nach dem Vorhandensein realistischer Alternativen. Für eine Mehrheit der Wähler stellten die russischen Kommunisten keine solche Alternative dar. Umgekehrt kann somit aus dem hohen Vertrauen, das in die Kirche und die Armee gesetzt wird, nicht auf die Befürwortung einer Militär- oder klerikalischen Herrschaft geschlossen werden. Vielmehr dürften Armee und Kirche das Vertrauen auf sich ziehen, das die Menschen den anderen politischen Institutionen angesichts der Schwierigkeiten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels nicht zuerkennen wollen.

Umfragen der Stiftung "Öffentliche Meinung" erlauben es, die gesellschaftspolitischen Präferenzen näher zu bestimmen, die hinter der Nachfrage nach Ordnung stehen.<sup>48</sup> Nach den Daten verschiedener Umfragen unterstützte im März/April und August/September 1993 (im Februar 1995) ungefähr jeder zweite Befragte ein "Regime der starken Hand" mit ökonomischer Funktion. 22 bzw. 27 Prozent (28 Prozent) der Befragten sprachen sich für eine "starke Hand" aus, die sowohl den staatlichen als auch den Privatsektor der Wirtschaft unterstützen sollte, 16 bzw. 17 Prozent (21 Prozent) für eine sozialistische "starke Hand", die nur den Staatssektor, und sechs bzw. acht Prozent (sechs Prozent) für eine kapitalistische, die nur den Privatsektor unterstützen sollte. Die andere Hälfte der Befragten sprach sich gegen ein solches ökonomisch definiertes Regime aus.<sup>49</sup>

65 Prozent der Anhänger einer sozialistischen und 70 Prozent der einer kapitalistischen "starken Hand" sahen deren Aufgabe darin, zum einen für Gesetzlichkeit zu sorgen ("streng die Befolgung der Gesetze zu kontrollieren") und zum anderen Korruption und Amtsmissbrauch zu bekämpfen. Des Weiteren verlangte in diesen beiden Gruppen ungefähr die Hälfte strenge Maßnahmen gegen Verletzungen der Arbeitsdisziplin. Die Hälfte der Befürworter einer sozialistischen "starken Hand" befürwortete die Wiederherstellung des staatlichen Planungssystems.<sup>50</sup>

Kljamkin zufolge stellte sich die Mehrheit der Befürworter einer ökonomisch "starken Hand" unter ihr "keine politische Diktatur zur Gewährleistung ökonomischer Freiheit, sondern etwas ganz anderes vor: die autoritäre Regulierung der Wirtschaft und den Schutz der Person vor Willkür und Rechtlosigkeit bei Bewahrung der politischen Freiheiten"<sup>51</sup>, "eine energischere Einmischung des Staates in die Wirtschaft und sicheren sozialen Schutz".<sup>52</sup> Der Autor führte die Forderungen nach einer "starken Hand" zwar auf die wirtschaftliche Krise und auf das Versagen des Staates zurück, die Menschen vor Kriminalität und Gesetzlosigkeit zu schützen, betonte aber, daß dahinter nur eine abstrakte Vorstellung von Ordnung in der Wirtschaft stehe, die nicht als Alternative zur Demokratie aufgefaßt werde.<sup>53</sup> Kljamkin schien hier den Wunsch nach staatlicher Inter-

---

<sup>48</sup> Die Stiftung "Öffentliche Meinung" (Fond "Obščestvennoe Mnenie"/FOM) besteht seit 1991 und ist eine unabhängige Forschungsorganisation. Sie führt auf Basis repräsentativer Stichproben Untersuchungen über die öffentliche Meinung zu verschiedenen Fragen und Marketinganalysen durch. Leiter des Analytischen Zentrums ist Igor Kljamkin. Vgl. hierzu: Kljamkin, Igor: Političeskaja sociologija perechnogo obščestva, in: Polis, 1993, 4, S.41-64, hier S.41.. Zur Nachfrage nach Ordnung: Kljamkin, Igor: Kakoj avtoritarnyj režim vozmožen v Rossii?, in: Polis, 1993, 5, S. 49-63; Kljamkin, I.; Lapkin, V.; Pantin, V.: Meždu avtoritarizmom i demokratiej, in: Polis, 1995, 2, S. 57- 85

<sup>49</sup> Kljamkin, Kakoj avtoritarnyj režim, S.57; Kljamkin u.a., Meždu avtoritarizmom i demokratiej, S.79f.

<sup>50</sup> Kljamkin, Kakoj avtoritarnyj režim, S.61

<sup>51</sup> Ebd., S.53

<sup>52</sup> Ebd., S.58,

<sup>53</sup> Ebd., S.53

vention in der Wirtschaft sogar noch überzubetonen, da ganz oben auf der Liste der Erwartungen bei den Befürwortern einer "starken Hand" unterschiedlicher Couleur nichts im engen Sinne Ökonomisches wie zum Beispiel die Rückkehr zur staatlichen Planung, sondern die Forderung nach Rechtssicherheit und Bekämpfung der Korruption, nach einem funktionierenden Staat also, stand.

Nur wenige Monate danach setzten Igor Kljamkin und einer seiner Mitarbeiter in einer Untersuchung über die in der russischen Gesellschaft verbreiteten Werte einen etwas anderen Akzent.<sup>54</sup> Bei dieser Umfrage, die Ende 1993 durchgeführt wurde, waren vor allem die Werte "Gesetzlichkeit (zakonnost)" (52 Prozent) und "Sicherheit (bezopasnost)" (48 Prozent), des weiteren die Werte "Familie" (46), "Arbeit" (42) und "Gerechtigkeit" (37) auf großes Interesse gestoßen. Liberale Werte wie "Freiheit" (32) waren dagegen nur an siebter Stelle, "Demokratie" (18) an zehnter, "Gleichheit" (15) an zwölfter und "Eigentum" (12) an fünfzehnter Stelle zu finden.<sup>55</sup> Die Autoren der Untersuchung schätzten die hohe Wertschätzung für Gesetzlichkeit ambivalent ein. Da vor allem die Betriebsdirektoren und die Leiter lokaler Verwaltungsbehörden - neben einer überdurchschnittlichen Präferenz für die Werte Freiheit, Demokratie, Professionalismus und Eigentum - ein starkes Interesse an Gesetzlichkeit gezeigt hatten, interpretierten sie es einerseits als Nachfrage nach stabilen Rahmenbedingungen für deren Handeln. Andererseits machte den Autoren die allgemein hohe Nachfrage nach Gesetzlichkeit und Sicherheit im Verbund mit dem geringen Interesse der breiten Bevölkerung an den liberalen Werten (Freiheit, Demokratie, Eigentum) Sorge. Sie sahen deshalb keine Grundlage für einen liberalen Rechtsstaat und zogen den Schluß, "daß im Bewußtsein des post-sowjetischen Menschen trotz aller ideologischen Wandlungen Vorstellungen von Gesetzlichkeit dominieren, die mit den gewohnten früheren Funktionen des Staates als Garant der gesellschaftlichen Ordnung verbunden sind."<sup>56</sup> Offen blieb hierbei, ob die an den Staat gerichteten Erwartungen, als Garant der gesellschaftlichen Ordnung zu fungieren, automatisch mit dem Wunsch nach autoritärer Kontrolle der Gesellschaft durch den Staat gleichzusetzen waren. Die Autoren interpretierten die hohe Präferenz für Gesetzlichkeit und Sicherheit dementsprechend auch etwas neutraler als Interesse daran, daß die sozialen Veränderungen kein Herausfallen aus den gewohnten Lebensnischen bedeuten sollten.<sup>57</sup>

Anfang 1995 stieg der Pessimismus der Autoren nochmals an.<sup>58</sup> Anlaß zur Sorge sahen die Autoren deshalb gegeben, da der Anteil der Befürworter eines "Regimes der starken Hand" mit ökonomischer Funktion an der Gesamtbevölkerung von 48 Prozent im Jahr 1993 auf 55 Prozent gestiegen war. In der hohen Nachfrage nach einer ökonomisch "starken Hand" sahen die Autoren nun eine "Reaktion auf den Zerfall des früheren Vergesellschaftungstyps und ein Produkt illusorischer Vorstellungen über die Möglichkeit, ihn mit Hilfe einer "starken Hand", die die staatliche Wirtschaftsregulierung restauriert und dabei nicht die politischen Freiheiten antastet, wiederherzustellen."<sup>59</sup> Die Umfragen der Stiftung aus dem Jahr 1993 deuteten aber darauf hin, daß es großen Teilen der Bevölkerung um wirtschaftlich-soziale Ordnung, nicht um die Wiederherstellung des

---

<sup>54</sup> Kapustin, B.; Kljamkin, I.: Liberal'nye cennosti v soznanii rossijan, in: Polis, 1994, 1, S.68-92

<sup>55</sup> Ebd., S.77

<sup>56</sup> Ebd., S.78f.

<sup>57</sup> Ebd., S.78

<sup>58</sup> Kljamkin, I.; Lapkin, V.; Pantin, V.: **Me**пду avtoritarizmom i demokratiej, in: Polis, 1995, 2, S. 57-85

<sup>59</sup> Ebd., S.87

früheren Gesellschaftssystem ging. Das steigende Verlangen nach einer ökonomisch "starken Hand", implizit nach einem leichteren Reformverlauf, schien den politischen Kräften zuzuarbeiten, die diese Nachfrage zu erfüllen versprachen, insbesondere den Kommunisten und Nationalisten. Daß diese Kräfte im Juni/Juli 1996 dann nicht den Sieg davontrugen, weist darauf hin, daß neben wirtschaftlichen allgemein-politische Überlegungen eine große Rolle spielten. Auch gingen die Autoren allein von den Befürwortern einer ökonomisch "starken Hand" aus, die aber nur die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. Ihre politisch-ökonomischen Ordnungsvorstellungen unterschieden sich. So befanden sich unter ihnen nicht nur Anhänger von Sjuganow oder Schirinowski, sondern auch von Jelzin, Jawlinski oder Lebed.<sup>60</sup>

Die hohe Präferenz für Ordnung und Gesetzlichkeit dürfte nicht als hinreichend dafür angesehen werden, 70 bis 80 Prozent der russischen Bevölkerung autoritäre Einstellungen zuzuschreiben. Gerade die Demokratie ist eine mögliche Form rechtlich-politischer Ordnung. Die Tatsache, daß 80 Prozent der Bevölkerung nach Ordnung verlangen, zeigt, daß sie bei den Anhängern praktisch aller politischen Richtungen zu finden ist.<sup>61</sup> Daß in einer Krisen- und Umbruchszeit Ordnung zum meistgefragten Wert wird, sollte nicht überraschen. Die angeführten Umfrageergebnisse deuten darauf hin, daß soziale und wirtschaftliche Ordnung nachgefragt wird. Über die gewünschte politische Ordnung lassen sie keine Rückschlüsse zu. Die Nachfrage nach Ordnung ist die Kehrseite der Beschreibung der gesellschaftlichen Situation als "Unordnung" oder "Anarchie", worunter Phänomene wie die Kriminalität, die soziale Verarmung, die verzögerte Auszahlung von Löhnen oder der Wertewandel gefaßt werden. In der Diskussion über die sozialen Voraussetzungen der Demokratie wird die Bedeutung von Ordnung, verstanden als Herrschaft des Rechts, und von Erwartungssicherheit für die Wirtschaft, das Institutionengefüge und die Gesellschaft betont.<sup>62</sup> Die hohe Nachfrage nach Gesetzlichkeit (zakonnost') ist zwar ein Indikator für Defizite in diesem Bereich, zeigt aber gleichzeitig in diese Richtung gehende Präferenzen an.

### **5 Sehnsucht nach der Diktatur des "starken Mannes"?**

Neben dem Verlangen nach Ordnung steht ein "starker Mann" ganz oben in der Wunschliste der Bevölkerung Rußlands. So stimmten im Juli 1994 bei einer Umfrage des VCIOM mehr als 70 Prozent der Auffassung zu, Rußland brauche einen Führer (lider), der "mit eiserner Hand" für Ordnung sorgt.<sup>63</sup> Im Februar 1995 akzeptierten bei einer Umfrage der Stiftung "Öffentliche Meinung" 73 Prozent der Befragten die These, die Ursachen der gegenwärtigen Krise Rußlands lägen darin, "daß es keine starke Führungsfigur (lider) gibt, die imstande ist, Rußland anzuführen (povesti za soboj)". Weitere 12 Prozent stimmten teilweise zu.<sup>64</sup> Ein ähnliches Ergebnis erbrachte im Oktober 1995 eine

---

<sup>60</sup> Ebd., S.86

<sup>61</sup> Die Ansicht, die Idee "Gesetzlichkeit und Ordnung" könne die Gesellschaft einen, wurde im Oktober 1995 sowohl von den Anhängern der Partei Schirinowskis, denen der Bewegung "Unser Haus Rußland" (Vorsitzender: Regierungschef W. Tschernomyrdin) und auch den Wählern Jablokos (G. Jawlinski), die Jelzin kritisch gegenüberstehen, den Übergang zur Marktregulierung jedoch befürworten, geteilt. In den genannten Gruppen sprachen sich jeweils knapp über 20 Prozent für "Gesetzlichkeit und Ordnung" und etwas weniger für "Stabilität" als Integrationsidee aus. Vgl. hierzu die Umfrage des VCIOM in Segodnja, 17.10.95, S.3.

<sup>62</sup> Lipset, Social Requisites of Democracy Revisited, S.306

<sup>63</sup> Levada, *Meľdu avtoritarizmom i anarchiej*, S.9

<sup>64</sup> Kljamkin u.a., *Meľdu avtoritarizmom i demokratiej*, S.83. 70 Prozent der Befragten sahen die Krisenursache im Zerfall der UdSSR als Supermacht, 42 Prozent in der auf die Schwächung Rußlands

größere Umfrage des Rußländischen Unabhängigen Instituts für soziale und nationale Probleme. 69,6 Prozent pflichteten hier der Aussage bei, Rußland brauche "eine starke Persönlichkeit, die imstande ist, in der Gesellschaft für Ordnung zu sorgen (navesti porjadok)."<sup>65</sup> 60 Prozent der Befragten stimmten bei einer anderen Umfrage der These zu, daß "einige starke Führungspersonen für unser Land mehr tun können, als alle Gesetze und Gespräche".<sup>66</sup>

Die Sehnsucht nach einem "starken Mann" ist Ausdruck der Krise der Politik, ihrer geringen Steuerungsfähigkeit gegenüber den Problemen, mit denen die Menschen konfrontiert sind. Eine große Anzahl von Menschen "bewältigt" die eigene relative Ohnmacht psychisch dadurch, daß sie einen Teil der notwendigen Anstrengungen "delegiert", auf eine starke Führungsfigur schiebt, die schnelle und effektive Entscheidungen treffen soll. In den Jahren 1995 und 1996 richteten sich diese Hoffnungen auf den früheren Armeegeneral Alexander Lebed.<sup>67</sup> Im Juli und August 1995 schnitt er bei der Sonntagsfrage des VCIOM ("Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen stattfinden würden") am besten ab.<sup>68</sup> Es schien dann aber seinem Image als "starker Mann", der dem politischen Establishment fernstand, zu schaden, als er sich den "Kongreß der Russischen Gemeinden" (KRO) zur politischen Heimat wählte. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 scheiterte der KRO mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Immerhin errang Lebed aber ein Direktmandat und zog als Abgeordneter in die Staatsduma ein. Im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes stieg Lebeds Popularität wieder an. Er versprach Ordnung, worunter er insbesondere die Bekämpfung der Korruption und der Kriminalität verstand.<sup>69</sup> Im ersten Wahlgang, der am 16. Juni 1996 stattfand, stimmten 14,52 Prozent der Wähler, d.h. 11 Millionen Menschen für ihn, womit er einen überraschenden dritten Platz belegte. Jelzin berief Lebed daraufhin am 18. Juni zum Sekretär des Sicherheitsrates und zu seinem Berater für nationale Sicherheit.

Die Zahl der Menschen, die bei Umfragen des VCIOM Lebed unter den Politikern anführten, denen sie besonders vertrauten, stieg von zehn Prozent Ende 1995 auf 17 Prozent im Frühling 1996 an, um dann im Juli (September) auf 38 Prozent (40 Prozent) zu klettern.<sup>70</sup> Mitte September, d.h. nach seinen erfolgreichen Bemühungen zur Beendigung des Krieges in Tschetschenien hießen 71 Prozent der Befragten seine Amtsaus-

---

gerichteten Politik des Westens, nur 18 Prozent dagegen in der Benachteiligung der Russen durch die Nichtrussen innerhalb Rußlands.

<sup>65</sup> Massovoe soznanie rossijan v period obščestvennoj transformacii: real'nost' protiv mifov. Rossijskij nezavisimyj institut social'nych i nacional'nych problem. **A n a l i t i ě s k i j** doklad po zakazy moskovskogo predstavitel'stva Fonda im. Fridricha Eberta. Moskva 1996., S.30. Vgl. hierzu auch FAZ, 20.2.1996, S.2

<sup>66</sup> Popov, Nikolaj: Rossija vybiraet, in: Segodnja, 27.6.1996, S.5. Der Autor stützte sich auf Umfragen des Büros für angewandte soziologische Forschungen, deren Zeitpunkt er nicht nennt.

<sup>67</sup> Zu Lebed: Schneider, Eberhard: Alexander Lebed - Jelzins Kronprinz? Teil I: Biographie, Psychogramm und innenpolitische Positionen, Aktuelle Analysen des BIOS, Nr.42/1996; Morvant, Penny: Soldier Turned Politician in Russia, in: Transition, Vol. 2, 1996, 23.8., S.16-20.

<sup>68</sup> *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1995, 5, S.5. Im August 1995 nannten 8,5 Prozent der Befragten Lebed. Der KP-Vorsitzende Sjuganow kam im Juli 1995 auf sechs Prozent. Im Juni 1995 lag G. Jawlinski mit acht Prozent an der Spitze.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu insbesondere die Auszüge aus seinem Wahlkampfprogramm "Pravo i porjadok" in: Segodnja, 30.05.1996, S.3 und seine Programmklärung in der Izvestija, 31.05.1996, S.3.

<sup>70</sup> *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1996, 6, S.55



übung als Sekretär des Sicherheitsrates gut.<sup>71</sup> Seine Entlassung aus allen politischen Ämtern im Oktober 1996 tat seiner Popularität keinen Abbruch. In der letzten Dezemberwoche des Jahres 1996 entschieden sich bei der "Sonntagsfrage" 25,9 Prozent für Lebed, 20,3 Prozent für Sjuganow und 14,6 Prozent für Jelzin.<sup>72</sup> Bei der vom VCIOM alljährlich durchgeführten Frage nach dem Mann des Jahres 1996 nannten 29 Prozent Alexander Lebed. Den zweiten Platz belegte mit 14 Prozent Jelzin. Sjuganow kam mit zehn Prozent auf Platz drei.<sup>73</sup>

Ende Oktober/Anfang November 1996 war aber schon ein Rückgang der Popularität Lebeds festzustellen. 24 Prozent der Befragten führten ihn an, wenn sie die fünf bis sechs Politiker nennen sollten, denen sie besonders vertrauten.<sup>74</sup> Im September waren es, wie oben erwähnt, noch 40 Prozent gewesen. Anfang 1997 veränderte sich dieses Bild weiter. Zum beliebtesten Politiker avancierte nun Boris Nemzow, der frühere Gouverneur des zentralrussischen Gebiets Nischnij Nowgorod. Jelzin ernannte ihn im März zum ersten stellvertretenden Regierungschef mit der Verantwortung unter anderem für die Bereiche Soziales, Kommunen und Wohnungswesen. Im April 1997 nannten bei der Sonntagsfrage 29 Prozent Nemzow, 25 Prozent Sjuganow, 22 Prozent Lebed und 17 Prozent Luschkow, den Bürgermeister von Moskau. 61 Prozent billigten Nemzows politische Tätigkeit.<sup>75</sup>

Die Entwicklung der Popularität Lebeds wirft ein Licht auf die Faktoren, die sie bedingten. Zum einen wurde Lebed zum Hoffnungsträger für diejenigen, die mit der herrschenden Politik unzufrieden waren, aber nicht zu den Kommunisten tendierten. Als dem politischen Establishment fernstehender Mann schien Lebed dazu geeignet, um gegen die weitverbreitete Kriminalität und Korruption vorzugehen. Lebeds Popularitätshoch fiel zum anderen mit der Zeit des Tschetschenienkrieges zusammen, der von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Die Hoffnungen auf Beendigung des Krieges dürften sich stark auf Lebed gerichtet haben, hatte doch dieser 1992 den Bürgerkrieg um den territorialen Status Transnistriens in Moldowa befriedet und sich als Kritiker des Tschetschenienabenteuers einen Namen gemacht. Jelzin instrumentalisierte Lebed geschickt zu genau diesem Zweck. Mit dem Ende des Tschetschenienkrieges traten dann aber wieder stärker die Defizite im Bereich der Wirtschaft und des Sozialen in den Vordergrund. Die Hoffnungen richteten sich deshalb verstärkt auf den jungen Reformier Boris Nemzow, weniger auf Lebed, dem im Umfragen zwar 46 Prozent einen starken Willen und Mut, 31 Prozent die Fähigkeit zu energischem Handeln, aber nur sechs Prozent politische Erfahrung und drei Prozent Erfahrung als wirtschaftliche Führungsperson bescheinigten.<sup>76</sup>

Das Phänomen Lebed erinnert entfernt an eine These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington. Dieser wies Ende der sechziger Jahre auf das Militär als der oft einzigen professionellen und organisierten Institution hin, die in sich modernisierenden Gesellschaften mit ungesteuertem sozialen Wandel ein Minimum an Ordnung

---

<sup>71</sup> Sedov, L.: Fenomen smeã~ennoj popularnosti i postelektoralnyj uspech A. Lebedja, in: *Ekonomi~eskie i Social'nye Peremeny ...*, 1996, 5, S.12-14, hier S.12

<sup>72</sup> *Nezavisimaja Gazeta*, 17.1.1997, S.5

<sup>73</sup> *Segodnja*, 31.12.1996

<sup>74</sup> Sedov, Fenomen smeã~ennoj popularnosti, S.12

<sup>75</sup> *Segodnja*, 18.4.1997, S.2; *Segodnja*, 29.4.1997, S.2

<sup>76</sup> Sedov, Fenomen smeã~ennoj popularnosti, S.14

aufrechterhalten und zur Institutionalisierung der Politik beitragen könne.<sup>77</sup> Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen und sozialen Krise und der Schwäche der Institutionen, die vor allem der Tschetschenienkrieg anzeigte, richteten sich die Hoffnungen vieler Russen auf einen Ex-General - das russische Militär ist angesichts seiner Verfaßtheit für die oben genannte Rolle kaum geeignet.<sup>78</sup> Nichtsdestotrotz gab im Juni 1996 aber nur jeder siebte Einwohner Rußlands Lebed seine Stimme.

Der Direktor des VCIOM, Jurij Lewada, betont, daß die Befragten unter einer starken Führungsfigur, die "mit eiserner Hand" für Ordnung sorgt, keine Diktatur, das heißt unkontrollierte Macht verstehen.<sup>79</sup> Lewada zufolge vertraten zwischen April und November 1994 23 bis 25 Prozent der Befragten die Ansicht, daß der einzige Ausweg in der Errichtung einer "harten Diktatur" liege.<sup>80</sup> Auch bei einer Umfrage der Stiftung "Öffentliche Meinung" stimmten im Februar 1995 25 Prozent der Befragten der These zu, zur Rettung Rußlands sei eine Diktatur, nicht die Demokratie notwendig. 41 Prozent der Befragten lehnten diese Aussage ab.<sup>81</sup> Bei einer anderen von dieser Stiftung durchgeführten Umfrage antworteten auf die Frage, ob in Rußland heute "eine Diktatur, d.h. die uneingeschränkte Macht eines einzelnen oder einer Personengruppe" notwendig sei, 17 Prozent mit "ja" und 11 Prozent mit "eher ja". 18 Prozent waren ohne Meinung, 54 Prozent antworteten mit "nein" bzw "eher nicht".<sup>82</sup> Befragt nach den Aufgaben einer solchen Diktatur meinte die Hälfte (52 Prozent) derjenigen, die eine Diktatur befürwortet (28 Prozent) beziehungsweise nicht abgelehnt (18 Prozent) hatten, sie bestünden darin, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und im Land für Ordnung zu sorgen.<sup>83</sup> Zwischen Juli 1991 und Juli 1994 ging einer anderen Umfrage zufolge der Anteil derer, die die Demokratie in jedem Fall für besser als eine Diktatur hielten, von 51 Prozent auf 35 Prozent zurück. Der Anteil derjenigen, die meinten, daß unter bestimmten Umständen eine Diktatur besser sein könne, stieg demgegenüber von 20 auf 30 Prozent an.<sup>84</sup> Ende Juli 1996 meinten dem New Russia Barometer zufolge 32 Prozent der Befragten, daß eine „harte Diktatur“ der einzige Ausweg sei.<sup>85</sup>

In Umfragen befürworten somit ungefähr 30 Prozent der Befragten eine Diktatur.<sup>86</sup> Dieser hoch erscheinende Verbreitungsgrad antidemokratischer Einstellungen schlägt sich aber nicht in entsprechend hohen Stimmanteilen extremistischer Parteien nieder. Jurij Lewada bezeichnet einen Anteil von 25 Prozent Diktatur-Befürwortern in einer soziolo-

---

<sup>77</sup> Huntington, Samuel: *Political Order in Changing Societies*, New Haven and London 1968, S.237ff.

<sup>78</sup> Vgl. dazu Sapper, Manfred: *Diffuse Militanz in Rußland. Ein Erbe des militarisierten Sozialismus?* In: *Berliner Debatte/Initial*, 1997, 6, i. E.

<sup>79</sup> Lewada, **Медиа** авторитаризм и анархия, S. 10

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Kljamkin u.a., **Медиа** авторитаризм и демократия, S. 83

<sup>82</sup> *Potrebnost' v diktature?*, in: *Vlast'*, 1995, 1, S.45-46, hier S.45

<sup>83</sup> Ebd., S.46

<sup>84</sup> Galkin, A.; Krasin, Ju.: *Kritika rossijskogo avtoritarizma*. Institut Sociologii RAN/Gorbačev-Fond, Moskva 1995, S. 21f. Die Autoren beziehen sich auf eine Umfrage des Internationalen Instituts für Marktforschungen (GFK-Rus).

<sup>85</sup> Rose, Richard/Tikhomirov, Evgeny: *Russia's Forced-Choice Presidential Election*, in: *Post-Soviet Affairs*, 1996, 4, S.351-379, hier S.358. Zwei von drei Diktaturbefürwortern wählten im zweiten Wahlgang Sjuganow.

<sup>86</sup> Diese Zahlen entsprechen ungefähr den Werten, die Richard Rose für die anderen osteuropäischen Transformationsländer anführt - vgl. derselbe: *Choosing Democracy as the Lesser Evil*, in: *Transition*, Vol. 2, 1996, 3.5., S.40-45, hier S.43f.

gischen Umfrage als relativ niedrig. Pro-Diktatur-Einstellungen könnten eine Diktatur ebensowenig herbeiführen wie die bloße Sehnsucht nach Freiheit und Einhaltung der Menschenrechte die Demokratie stärken könnten.<sup>87</sup> Er spielt damit die Relevanz politischer Einstellungen, die in Umfragen zum Ausdruck gebracht werden, mehr als notwendig herunter. Denn zwischen der Befürwortung einer Diktatur und der Präferenz für eine Partei, deren Verbundenheit mit der Demokratie als zweifelhaft gelten kann, besteht durchaus ein Zusammenhang. Nach Angaben des VCIOM handelt es sich bei den Anhängern einer Diktatur überwiegend um Personen über 40 Jahren, nichtqualifizierte Arbeiter und Dorfbewohner, allgemein gesprochen um Menschen mit niedrigem Einkommen, niedrigem Bildungsgrad und höherem Alter, wie sie überproportional in der Wählerschaft der kommunistischen Partei und der Partei Schirinowskis anzutreffen sind.<sup>88</sup>

Die angeführten Umfragen bestätigen folglich die These von Richard Pipes und Stephen White, daß sich die russische politische Kultur durch eine hohe Präferenz für starke Führung auszeichnet. Hierbei dürfte es sich aber nicht um ein Spezifikum Rußlands handeln. Schwache Führung gilt in keinem politischen System als wünschenswert. Unter starker Führung und einem "starken Mann" wird keine Diktatur verstanden. Rußland fügt sich hier in ein osteuropäisches Muster ein, das der ungarische Politiker und Wissenschaftler G. Tamas so charakterisierte: "Alle Umfragen ... zeigen, daß die öffentliche Meinung in unserer Region eine Diktatur ablehnt, aber einen starken Mann an der Spitze sehen möchte."<sup>89</sup> Der Wunsch nach einem "starken Mann", der für Ordnung sorgt, stellt kein Plädoyer für autoritäre Herrschaft, sondern eine personalisierte Form des Verlangens nach stabilen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und funktionierenden Institutionen dar.<sup>90</sup>

Wenngleich nicht oft genug betont werden kann, daß aus einem Verlangen nach starker Führerschaft nicht automatisch auf die Ablehnung der Demokratie geschlossen werden, erscheint gerade im russischen Fall eine genauere Charakterisierung der politischen Werthaltungen der breiten Bevölkerung notwendig. Da die präsidiale Macht kaum eingengt wird, könnten eine positive Einstellung zu Kernelementen von Demokratie, insbesondere zu politischem Wettbewerb und den Bürgerrechten eine Garantie dafür darstellen, daß eine Mehrheit der Bevölkerung auch im Krisenfall einem demokratischen "starken Mann" den Vorzug gibt.

## **6 Die Einstellungen zu Kernelementen der Demokratie in den Jahren 1990 bis 1993**

Ein zentrale These der Literatur über die politische Kultur der Sowjetunion lautete, daß sich insbesondere die Bevölkerung Rußlands historisch bedingt durch autoritäre politische Einstellungen und eine hohe Präferenz für Ordnung auszeichne. Ausgehend von Umfragen in der RSFSR, der Ukrainischen SSR und Litauens, die in den Jahren 1990, 1991 und 1992 stattfanden, wies eine Gruppe amerikanischer Forscher um William M.

---

<sup>87</sup> Levada, Me

du avtoritarizmom i anarchiej, S. 10

<sup>88</sup> Gudkov, L.; Dubin, B.; Levada, J.; Sedov, L.: Social'no-političeskaja situacija v Rossii: mart-maj 1994 g., in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1994, 4, S.7-15, hier S.14; Sedov, L.: Me

du putč'em i vyborami, in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1994, 1, S.14-15, hier S.15

<sup>89</sup> Tamas, G.: Socialism, Capitalism, and Modernity, in: *Journal of Democracy*, 1992, 3, 60-74, hier S.73, zit. nach Lipset, *Social Requisites of Democracy Revisited*, S.303

<sup>90</sup> Vgl. hierzu auch Bashkirova, Elena/Melville, Andrei: Russian Public Opinion between Elections, in: *International Social Science Journal*, Vol. 47, No.4, December 1995, S.553-565.

Reisinger diese These zurück.<sup>91</sup> Da die politischen Werthaltungen in Abhängigkeit von der Altersgruppe, dem Wohnort und dem Bildungsgrad differierten, konnten sie nach Auffassung der Autoren nicht als Ausfluß einer spezifischen autoritären russischen politischen Kultur und auch nicht als Produkt kommunistischer Indoktrination erklärt werden. Vielmehr hatten Industrialisierung, Verstädterung, Krieg und sich wandelnde Bildungsmöglichkeiten zu unterschiedlichen Erfahrungen aufeinanderfolgender Generationen und damit auch zu unterschiedlichen politischen Einstellungen geführt.<sup>92</sup>

Eine (un)demokratische Einstellung machten die Forscher dabei an der Position der Befragten zum Wettbewerb zwischen Parteien, zum Recht, Opposition oder Widerstand gegen Initiativen der Regierung zu organisieren sowie an der Position zur Meinungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit fest.<sup>93</sup> 15 Prozent der Befragten aus Rußland gaben bei allen fünf Fragen demokratiekonforme Antworten, 20 Prozent bei vier und 25 Prozent bei drei. Jeweils 20 Prozent gaben nur zwei oder eine bzw. keine demokratiekonforme Antwort. Im Durchschnitt beantworteten die Befragten aus Rußland 2,8, diejenigen aus Litauen 3,2 der Fragen demokratiekonform. Die Ukrainer lagen mit 2,9 näher bei den Bewohnern Rußlands.<sup>94</sup>

Demokratische Einstellungen korrelierten den Autoren zufolge positiv mit einer kritischen Einstellung gegenüber den Werten der Sowjetzeit und mit einem Verlangen nach starker Führerschaft, negativ dagegen mit einem Verlangen nach Ordnung.<sup>95</sup> Ein Verlangen nach Ordnung wurde den Respondenten dann zugeschrieben, wenn sie Ordnung in der Gesellschaft einem Zuviel an Freiheit, bei der die Menschen andere störten, vorzogen, wenn sie das Tempo der politischen Reformen für zu schnell hielten und sich für eine Bekämpfung der Kriminalität auch dann aussprachen, wenn dabei die Rechte der Angeklagten verletzt zu werden drohten.<sup>96</sup> Es waren somit eher antireformerische und autoritäre Einstellungen, die von den Autoren als Verlangen nach Ordnung charakterisiert wurden und die deshalb auch negativ mit einer demokratischen Einstellung korrelierten. Das Ausmaß des Verlangens nach starker Führung machten die Autoren an der Einstellung zu zwei ähnlichen Thesen fest: daß eine Beteiligung der breiten Bevölkerung unnötig sei, wenn die Entscheidungen von einigen kompetenten Politikern getroffen werden, zu denen ein Vertrauensverhältnis besteht und daß immer einige starke Personen nötig sein würden, die entscheiden. Da Befragte mit demokratischen Einstellungen, d.h. solche mit einer positiven Einstellung zum Wettbewerb zwischen Parteien, zum Recht auf Opposition gegen Initiativen der Regierung und zu den individuellen Freiheitsrechten auch starke Führung befürworteten, sahen die Autoren darin kein Zeichen für eine autoritäre Einstellung. Die Unterstützung kompetenter und starker Führungsfiguren, denen vertraut werde, deutete nicht, so die Autoren, auf eine größere Bereitschaft zur Hinnahme autoritärer Herrschaft hin, sondern sei Ausdruck eines spezifischen Demokratieverständnisses, in dem nicht die breite Beteiligung der Bevölkerung, sondern deren Möglichkeit, zwischen verschiedenen Elitegruppen zu wählen, das heißt

---

<sup>91</sup> William M. Reisinger, Arthur H. Miller, Vicki L. Hesli and Kristen Hill Maher: Political Values in Russia, Ukraine and Lithuania: Sources and Implications for Democracy, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 24, 1994, 2, S.183-223

<sup>92</sup> Reisinger u.a., *Political values*, S.183

<sup>93</sup> Ebd., S.191 und S.222f. Die Zahl und Intensität der demokratiekonformen Antworten bestimmte die Einstufung der Befragten.

<sup>94</sup> Ebd., S.214

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Ebd., S.221

"schlechte" Regierungen abwählen zu können, im Mittelpunkt stehe. Abschließend stellten die Forscher deshalb fest: "Unsere Daten stellen eine Herausforderung für diejenigen dar, die eine demokratische Konsolidierung angesichts einer undemokratischen ... politischen Kultur ausschließen. ... Natürlich wird eine demokratische Konsolidierung in den postkommunistischen Staaten sowohl von den Werten und Strategien der Eliten als auch von den Werten der breiten Bevölkerung abhängen. Wir sagen aufgrund dieser Befunde keine erfolgreiche Demokratisierung voraus, behaupten aber, daß die verbreiteten politischen Werte wahrscheinlich nicht das Haupthindernis sind."<sup>97</sup>

Die Vorgehensweise der Autoren wirft einige Fragen auf. So ist ihr Befund, daß sich die Bevölkerung Rußlands durch keine autoritäreren politischen Werthaltungen auszeichne, nur relativer Natur. Ihre Kriterien zur Bestimmung einer demokratischen Einstellung erscheinen relativ weich. Auch autoritär eingestellte Personen dürften zum Beispiel der Meinungs- und Redefreiheit zustimmen. Trotzdem stimmte nur ein Drittel der Befragten vier bzw. fünf der Fragen zu. Schließlich läßt aufhorchen, daß bereits 1992 die Unterstützung für den Wettbewerb politischer Parteien um Macht zurückging und das Verlangen nach einer antireformerisch-autoritär verstandenen Ordnung zunahm.<sup>98</sup> Zeichnete sich hier bereits ein Rückgang der Zustimmung zur Demokratie ab?

Eine Forschergruppe kam auf der Grundlage einer Umfrage vom Januar 1994, d.h. nach dem Wahlerfolg Schirinowskis im Dezember 1993, zu teilweise entgegengesetzten, in sich aber widersprüchlichen Aussagen über die politische Kultur Rußlands.<sup>99</sup> Die Autoren entschieden sich dagegen, eine demokratische Werthaltung an der Einstellung zu Wahlen auf Wettbewerbsbasis und zu einem Mehrparteiensystem festzumachen, da auf diese Fragen meist nur politisch korrekte Antworten gegeben würden. Statt dessen führte eine Bereitschaft des Respondenten zur Machtkonzentration und zur Verletzung der demokratischen Spielregeln, wenn das demokratische System einer Belastungsprobe ausgesetzt ist, zu einer Einstufung als "autoritär".<sup>100</sup> Die Autoren sahen eine solche Bereitschaft gegeben, wenn der Befragte der Auflösung des Obersten Sowjet durch Präsident Jelzin im September 1993, einem Verbot einer oder mehrerer Parteien<sup>101</sup> und in bestimmten Situationen einer Aussetzung der Freiheitsrechte sowie der Zubilligung von Notstandsbefugnissen für die Regierung zustimmte.<sup>102</sup> Zum Zeitpunkt der Umfrage, d.h. im Januar 1994 hielten 39,5 Prozent der Befragten die Auflösung des Obersten Sowjet durch Präsident Jelzin im September 1993 für richtig, während 40,3 Prozent sie ablehnten. 40 Prozent befürworteten ein Verbot mindestens einer bestimmten Partei,

---

<sup>97</sup> Ebd., S.220

<sup>98</sup> Ebd., S.191 und S.207

<sup>99</sup> Robert D. Grey, William L. Miller, Stephen White & Paul Heywood: The Structure of Russian Political Opinion, in: Coexistence, Vol. 32, 1995, S. 183-215. Es handelte sich um eine Repräsentativbefragung von 1032 Personen, die von ROMIR, einem unabhängigen Meinungs- und Marktforschungsinstitut in Moskau im Januar 1994 durchgeführt wurde. Vgl. ebd., S.186f.

<sup>100</sup> Grey u.a., Russian political opinion, S.211

<sup>101</sup> Die Autoren gaben nicht an, welche Parteien in der den Befragten vorgelegten Liste aufgeführt waren. Ob zum Beispiel die Befürwortung eines Verbots der Russischen Nationalen Einheit, einer militanten, rechtsextremistischen Gruppierung, als "Bereitschaft zur Verletzung der demokratischen Spielregeln" zu werten ist, erscheint zweifelhaft.

<sup>102</sup> Ebd., S.191. Es wurden folgende Situationen genannt (in Klammern der Anteil derer, die Notstandsbefugnissen in einer solchen Situation zustimmten): umfassende Korruption und Mafiakriminalität (74 Prozent), öffentliche Unordnung (70 Prozent), umfassende Streiks in Schlüsselindustrien (45 Prozent), eine Verleumdungskampagne gegen die Regierung (35 Prozent) und die Blockierung der Regierung durch das Parlament (25 Prozent).

während 60 Prozent dagegen waren. 55 Prozent tendierten dazu, in den genannten Situationen Notstandsmaßnahmen der Regierung zu akzeptieren, 45 Prozent nicht. Dementsprechend wurden 43 Prozent der Bevölkerung von den Autoren als autoritär und 48 Prozent als demokratisch eingestellt eingestuft.<sup>103</sup>

Das Ziel der Autorengruppe bestand insgesamt darin, die Einstellung der Respondenten zur Regierung und ihr Wahlverhalten im Dezember 1993 auf drei Variablen zurückzuführen: auf die Einstellung zur Demokratie, zum Markt und zum Westen. Ausgehend von ihrer Datengrundlage stellten die Forscher fest, daß autoritäre, den Markt befürwortende und prowestliche Einstellungen stark mit einer regierungsfreundlichen Haltung korrelierten und vor allem unter den Wählern von "Rußlands Wahl" anzutreffen waren.<sup>104</sup> Demokratische, den Markt ablehnende und antiwestliche Einstellungen waren dagegen überwiegend mit einer Ablehnung der Regierung verbunden und für die Schirinowski-Wähler und die Wähler der Agrarpartei und der Kommunistischen Partei Rußlands typisch.<sup>105</sup> Ihre Schlußfolgerung, "daß autoritär Eingestellte die Regierung unterstützen, während demokratisch Eingestellte gegen sie sind", fanden die Autoren "überraschend".<sup>106</sup> Deshalb konstatierten sie (zumindest für Anfang 1994), daß die Beziehung zwischen der Unterstützung für Demokratie und der für Wirtschaftsreformen umgekehrt zu dem sei, was in der Literatur überwiegend behauptet werde. Autoritäre Einstellungen seien, so die Autoren, vor allem unter den Befürwortern der Wirtschaftsreformen verbreitet.<sup>107</sup>

Diese überproportionale Verbreitung autoritärer Einstellungen bei den Wählern der "liberalen" und "demokratischen" Parteien erklärten die Autoren einmal damit, daß deren Priorität auf der wirtschaftlichen Transformation Rußlands liege, wofür sie im Notfall die Demokratie aufzugeben bereit seien.<sup>108</sup> Die zweite Interpretation lautete, daß die Machtinhaber und deren Anhänger eher für eine Konzentration der Macht, d.h. die Auflösung des alten Parlaments, ein Verbot bestimmter Parteien usw. waren und deshalb autoritär erschienen. Umgekehrt könnten sich diejenigen, die (vorläufig) ohne Macht waren, nur aus taktischen Gründen und Eigeninteresse stärker gegen eine Konzentration der Macht ausgesprochen haben. Die politischen Ziele insbesondere der Kommunisten könnten sich auf die (Wieder)Erringung der politischen Macht beschränken und demokratische Prozeduren für sie nur ein Mittel zum Zweck sein: Der Widerstand der Mehrheit gegen die Reformen werde ihnen, so ihr Kalkül, zum politischen Durchbruch ver-

---

<sup>103</sup> Ebd., S.191f.

<sup>104</sup> Der Vorsitzende von "Rußlands Wahl", Jegor Gajdar, war bis Dezember 1992 Regierungschef gewesen und galt als Befürworter eines schnellen Übergangs zur Marktwirtschaft. Er wurde dann von Jelzin auf Druck des Volksdeputiertenkongresses durch Viktor Tschernomyrdin ersetzt. Jelzin holte Gajdar aber im September 1993 als stellvertretenden Regierungschef in die Regierung zurück. Nach den Wahlen im Dezember 1993, bei denen seine Partei nur 75 von 450 Mandaten errungen hatte, verließen Gajdar und etliche andere Reformer die Regierung.

<sup>105</sup> Ebd., S.211f. Von den Grey u.a. zufolge demokratisch Eingestellten hatten 22 Prozent die LDPR von Schirinovskij, neun Prozent die Kommunistische Partei und jeweils sechs Prozent die Agrarpartei und die Partei "Rußlands Frauen" gewählt. Von den autoritär Eingestellten hatten 20 Prozent die Reformpartei "Rußlands Wahl", 15 Prozent die LDPR und acht Prozent die Reformpartei Jabloko gewählt.

<sup>106</sup> Ebd., S.192

<sup>107</sup> Ebd., S.199

<sup>108</sup> Grey u.a., Russian political opinion, S.193; siehe grundlegend zu diesem Argument Hough, Jerry: The Russian election of 1993: Public attitudes toward economic reform and democratization, in: Post-Soviet Affairs, Vol.10, 1994, 1, S.18,

helfen.<sup>109</sup> Die Forschergruppe schloß es deshalb nicht aus, daß in Rußland jegliche Unterstützung für Demokratie von den erwarteten Gewinnen abhängt und stellte abschließend fest: "Diejenigen, die die Welt bisher für russische Demokraten gehalten hat, ja vielleicht alle Russen, lehnen die Notwendigkeit ab, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten."<sup>110</sup> Diese Interpretation widersprach zum einen ihren eigenen Daten, denen zufolge 48 Prozent der Befragten, d.h. eine relative Mehrheit, demokratisch eingestellt waren. Zum anderen äußerten sie an anderer Stelle die Überzeugung, daß eine Mehrheit in der russischen Bevölkerung zentrale demokratische Institutionen und Verfahren wie die Existenz mehrerer Parteien und Wahlen auf Wettbewerbsbasis als legitim ansieht und ernsthafte Gefahren für das Überleben der Demokratie eher von Elitegruppen ausgehen dürften.<sup>111</sup>

Wie sind die Befunde der Autoren über die Wählergruppen und ihre Orientierungen zu erklären? Die Wähler der reformorientierten Parteien unterstützten die Politik Jelzins, die unter anderem darauf ausgerichtet gewesen war, die Blockade der (Reform-)Politik durch das Parlament zu beenden. Sie dürften deshalb Jelzins Dekret über die Auflösung des Obersten Sowjet unterstützt haben. Nicht unwahrscheinlich ist es des weiteren, daß diese Wähler im Januar 1994 ein Verbot bestimmter Parteien befürworteten - zum Beispiel Schirinowskis Liberal-Demokratischer Partei oder das der rechtsextremistischen "Russischen Nationalen Einheit", deren Kämpfer im Oktober 1993 auf der Seite des Parlaments gestanden waren. Eine Zustimmung zu zwei der drei Fragen (Parlamentsauflösung, Parteienverbot, Notstandsbefugnisse) führte dann zu einer Klassifizierung als "leicht autoritär".<sup>112</sup> Die Wähler der Kommunistischen Partei firmierten dagegen als demokratisch eingestellt, da sie die (gewaltsame) Auflösung des Obersten Sowjet mehrheitlich abgelehnt und sich eher gegen ein Verbot von Parteien und die Erteilung von Notstandsbefugnissen für die Regierung ausgesprochen haben dürften.

Wenn die Autoren die Einstellungen der Wähler reformorientierter (und regierungsnaher) Parteien als autoritär klassifizierten, so kommt darin auch ein Charakteristikum der Politik der postkommunistischen Staaten zum Ausdruck. Eines der Dilemmata postkommunistischer Transformationspolitik besteht darin, daß die Gesellschaften dieser Länder politische Kräfte an die Macht gebracht haben, die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft ein zu den kurzfristigen Interessen der Mehrheit im Widerspruch stehendes Reformprogramm realisieren (müssen), da es mit der Einführung sozialer Ungleichheit verbunden ist. Einige Autoren gehen soweit, dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Übergang zum Markt und der Demokratisierung als "Konflikt zwischen dem politischen System und den Interessen der Gesellschaft" zu charakterisieren zu einer politischen Krise und zur Blockade der Reformen führen könne.<sup>113</sup> In den meisten osteuropäischen Staaten konnte ein solches Szenario vermieden werden. Die ersten Wahlen nach der Einleitung der wirtschaftlichen Transformation führten zwar zur Abwahl der Reformregierung, die gewendeten Ex-Kommunisten setzten aber den Übergang zur Marktregulierung in leicht abgeschwächter Form und rhetorisch besser "verpackt" fort.

---

<sup>109</sup> Grey u.a., Russian political opinion, S. 211

<sup>110</sup> Grey u.a., Russian political opinion, S. 211 und S. 193f.

<sup>111</sup> Grey u.a., Russian political opinion, S.188f.

<sup>112</sup> Regierungsanhänger neigten stärker zu einem Parteienverbot und zu Notstandsbefugnissen für die Regierung als Regierungsgegner, d.h. ihre Einstufung als "autoritär" hing nicht allein damit zusammen, daß sie die Auflösung des Parlaments befürworteten. Vgl. ebd, S.192f.

<sup>113</sup> Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Gütersloh 1993, S.47ff.

In Rußland kam es demgegenüber nach der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit nicht zu Neuwahlen und der Verabschiedung einer neuen Verfassung. Im entstehenden Macht- und Verfassungskonflikt fungierten die unterschiedlichen Vorstellungen über die Reformpolitik als Katalysator. Die Anhänger eines Übergangs zur Marktregulierung befürworteten die Auflösung des noch aus der UdSSR stammenden Obersten Sowjets und plädierten für eine starke Exekutive, da sie allein darin eine Garantie für die Durchführung der Reformen sahen.

Die Herangehensweise der britischen Autoren wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten bei der Erforschung der politischen Kultur der postkommunistischen Gesellschaften. Indem die Autoren eine demokratische Einstellung auch an den Positionen zu konkreten und kontroversen Ereignissen festmachten, die in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden müssen, begaben sie sich mitten in die Widersprüche dieser Transformation. Die Befragten mußten zwei der drei genannten politischen Optionen *ablehnen*, um als demokratisch eingestellt zu gelten. Die Autoren gingen damit über die Minimaldefinition von Demokratie hinaus, an der sich die amerikanische Autorengruppe um Reisinger orientiert hatte. Bei ihnen genügte es, wenn sich die Befragten *für* Kernelemente des liberalen Demokratiemodells aussprachen, um als demokratisch klassifiziert zu werden.

Beide Untersuchungen bestätigen in gewisser Weise die Schlußfolgerung, die der politische Kulturforscher James L. Gibson gestützt auf Umfragen der Jahre 1989 bis 1992 zieht: "Es gibt eine ziemlich weitverbreitete Unterstützung für demokratische Institutionen und Prozesse, wenn darunter die politischen Rechte und Aktivitäten der Mehrheit verstanden werden ... Wo es um die Rechte von unbeliebten politischen Minderheiten geht, gibt es beträchtlich weniger Unterstützung, ja sogar eine breite Opposition gegenüber der Demokratie."<sup>114</sup>

Die Einstellungen der Bevölkerung zur Auflösung des Obersten Sowjet, von denen die britische Forschergruppe auf die politischen Werthaltungen schloß, verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zum Zeitpunkt der Umfrage der britischen Forschergruppe, d.h. im Januar 1994, befürworteten 40 Prozent der Befragten die Auflösung des Obersten Sowjet durch Präsident Jelzin. Vor dem entsprechenden Dekret Jelzins vom September 1993 und auch noch Anfang November 1993, d.h. nach dem Beschuß des Gebäudes des Obersten Sowjet unterstützten in Umfragen die Hälfte der Befragten die Auflösung des Parlaments.<sup>115</sup> Sie versprach sich davon und von Neuwahlen ein Ende der innenpolitischen Blockade, die Rußlands Politik seit Ende 1992 bestimmt hatte und die auch nicht durch das Referendum im April 1993 beendet worden war. Diese 50 Prozent der Bevölkerung können nicht pauschal als autoritär charakterisiert werden - genausowenig wie die Gegner einer Auflösung des Obersten Sowjet automatisch als demokratisch eingestellt gelten können. Eine Mehrheit befürwortete die Auflösung des Obersten Sowjet, eine Mehrheit kritisierte aber auch Jelzins Verhalten in der Krise nach seinem Auflösungsdekret. So lehnten Anfang November 37 Prozent kategorisch die Erstürmung des Weißen Hauses ab, bei der über hundert Menschen ums Leben gekommen waren. Weitere 44 Prozent meinten, man hätte sie vermeiden können. 47 Prozent gaben dem

---

<sup>114</sup> Gibson, Resilience of Mass Support, S.57

<sup>115</sup> Kljamkin, I., Lapkin, V.; Pantin, V.: Političeskij kurs El'cina: predvaritel'nye itogi, in: Polis, 1994, 3, S.148-178, hier S.163; Mir mnenij, no.1, Januar 1994, S.1-3, zit. nach White, Stephen: The Presidency and Political Leadership, in: Elections and Political Order in Russia. The Implications of the 1993 Elections to the Federal Assembly, edited by Peter Lentini, Budapest 1995, S.202-225, hier S.214



Präsidenten und dem Parlament in gleicher Weise die Schuld an der Eskalation der Gewalt in Moskau. 25 Prozent hielten die Führung des Parlaments, 20 Prozent Jelzin für verantwortlich.<sup>116</sup>

Das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung beim Referendum über die stark auf Jelzin zugeschnittene Verfassung und bei den Wahlen zur neuen Staatsduma im Dezember 1993 ist vor dem Hintergrund der Ereignisse der Monate davor zu sehen. Offiziellen Angaben zufolge beteiligten sich am Referendum über die neue Verfassung 54,8 Prozent der Wahlberechtigten, doch gibt es Hinweise darauf, daß sie in Wirklichkeit bei 46 Prozent, d.h. unter der für die Annahme der Verfassung notwendigen 50 Prozent-Marke lag. Für die Annahme der Verfassung sprachen sich 58,4 Prozent der Abstimmenden aus.<sup>117</sup> Bei den Wahlen schnitten die Jelzin und den Reformen verbundenen politischen Kräfte viel schlechter als erwartet ab. Dafür errang die Liberal-Demokratische Partei mit ihrem Vorsitzenden W. Schirinowski 23 Prozent der Listenmandate. In der Aufregung über dieses Ergebnis wurde verkannt, daß die LDPR fast keines von den 225 Direktmandaten errungen hatte und die Stellung des Parlaments im politischen System schwach sein würde. Während Teile der regierenden Eliten und die diesen nahestehende Intelligenz von einem Beweis für eine autoritäre politische Kultur sprachen, deuten die sehr niedrige Beteiligung am Referendum, das niedrige Ausmaß der Zustimmung zur Verfassung und das Wahlverhalten eher darauf hin, daß bei den einen politische Gleichgültigkeit, bei den anderen dagegen ein Protestverhalten überwog. Nach Angaben des VCIOM war im November 1993 das Desinteresse an der Politik so groß wie nie, seitdem dieses Meinungsforschungszentrum begonnen hatte, Meinungsumfragen durchzuführen. 60 Prozent, die angaben, wenig oder überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein, standen elf Prozent (Dezember 1990: 24 Prozent) gegenüber, die stark oder sehr stark an Politik interessiert waren.<sup>118</sup> Die politische Abstinenz und das Protestverhalten richteten sich gegen die Unfähigkeit der politischen Klasse, ihre Konflikte gewaltlos zu lösen, gegen Jelzin, der Mitte Oktober die angekündigten Präsidentschaftswahlen zurückgenommen hatte, gegen die Bedingungen des teilweise unfreien und sehr kurzen Wahlkampfes, insgesamt gegen die nichtkonsensuelle Etablierung einer neuen politischen Ordnung. Insofern sind die Ereignisse des Jahres 1993 ein Lehrstück darüber, daß die Chancen für die Einübung einer demokratischen politischen Kultur bei der breiten Bevölkerung sinken, wenn die regierende Elite ihrem Vorbildcharakter nicht gerecht wird, d.h. undemokratisch agiert und gemachte Versprechen bricht. Das Verhalten bei den Parlamentswahlen des Jahres 1993 dürfte weniger autoritäre Dispositionen, als den "Eigensinn" der russischen Wähler widerspiegelt haben.<sup>119</sup>

Die beiden Umfragen der Stiftung "Öffentliche Meinung" aus dem Jahr 1993 über die Einstellungen zu einem "Regime der starken Hand" mit ökonomischer Funktion zeigen, daß sich die Anhänger einer solchen "starken Hand" zwar für eine Auflösung des Parlaments, d.h. des Obersten Sowjet und ein Verbot großer Protestaktionen, nicht aber für

---

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Bos, Ellen: Verfassungsgebungsprozeß und Regierungssystem in Rußland, in: Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, hrsg. von Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert, Opladen 1996, S. 179-211, hier S.193f.; Sobjanin, A./Suchovol'skij, V.. *Demokratija, ograničennaja falsifikaciej*, Moskva 1995

<sup>118</sup> Sedov, L., *Meľdu put'em i vyborami*, in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*, 1994, 1, S.14-15, hier S.14

<sup>119</sup> Vgl. dazu Brown, Archie: *Political Leadership in Post-Communist Russia*, in: *Russia in Search of its Future*, ed. by A. Saikal and W. Maley, Cambridge 1995, S.28-47.

ein Verbot politischer Parteien oder eine Einschränkung der Pressefreiheit aussprachen. So befürworteten 62 Prozent der Unternehmer, 53 Prozent der Betriebsdirektoren, jeweils 48 Prozent der Kolchos- und Sowchosvorsitzenden und der Landwirte sowie 46 Prozent der Offiziere, die sich für eine "starke Hand" mit ökonomischer Funktion ausgesprochen hatten, eine Auflösung des Parlaments.<sup>120</sup> Daß es sogar in den als reformabgeneigt geltenden sozialen Gruppen eine Mehrheit für die Auflösung des Obersten Sowjet gab, ja daß sich sogar unter den Anhängern einer sozialistischen "starken Hand" eine relative Mehrheit (34 Prozent) dafür aussprach, scheint auf das primäre Interesse dieser Gruppen an einem Ende der Doppelherrschaft und politischer Stabilität und Erwartungssicherheit hinzuweisen.

In acht der zwölf befragten sozialen Gruppen sprach sich unter den Befürwortern einer "starken Hand" mit ökonomischer Funktion eine relative Mehrheit dagegen aus, beim Übergang zu einer ökonomisch "starken Hand" Parteien oder politische Bewegungen zu verbieten oder ihre Tätigkeit zu suspendieren. Vor allem die Verwalter, die Betriebsdirektoren und die Offiziere (48, 47 und 41 Prozent) waren dagegen eingestellt. Eine relative Mehrheit unter den Unternehmern (48 Prozent), den Arbeitslosen (43 Prozent), den Kolchos- und Sowchosvorsitzenden und den Landwirten (39 und 38 Prozent) befürwortete dagegen einen solchen Schritt. Unter den Unternehmern lehnten ihn 36 Prozent ab. Für eine Einschränkung der Pressefreiheit fand sich schließlich in keiner der zwölf sozialen Gruppen eine Mehrheit. Von den Direktoren, Landwirten und Offizieren, die eine "starke Hand" mit ökonomischer Funktion befürwortet hatten, lehnte eine absolute Mehrheit (51-53 Prozent) ein solches Vorgehen ab. Die meisten Befürworter eines solchen Vorgehens gab es wiederum unter den Unternehmern (38 Prozent), aber auch bei ihnen war eine Mehrheit von 48 Prozent dagegen.<sup>121</sup>

Diese Daten lassen zumindest für 1993 auf ein starkes Interesse politisch einflußreicher sozialer Gruppen an gesellschaftlichen und politischen Organisationen, die Funktionen der Interessenartikulation und -bündelung ausüben, schließen. Kljamkins Prozentangaben bezogen sich dabei auf die Gruppe der Befürworter einer sozialistisch-kapitalistischen, sozialistischen oder kapitalistischen "starken Hand", die insgesamt die Hälfte der Bevölkerung ausmachte. Eine weitere Umfrage der Stiftung im Februar 1995 zeigte, daß bei der anderen Hälfte der Bevölkerung, d.h. den Gegnern einer ökonomisch "starken Hand", demokratische Einstellungen noch stärker verbreitet waren.<sup>122</sup> Die Akzeptanz der genannten Freiheitsrechte war also in der Gesamtbevölkerung noch höher.

Den stärksten Hang zu einer autoritären Politik zeigten die Unternehmer. Nicht nur sprachen sich 62 Prozent von ihnen beim Übergang zu einer ökonomisch "starken Hand" für eine Auflösung des Parlaments aus. Des weiteren befürworteten 53 Prozent ein Verbot von großen Protestaktionen, 48 Prozent ein Verbot der Betätigung von Parteien und immerhin 38 Prozent eine Einschränkung der Pressefreiheit. Kljamkin charakterisierte die Unternehmer deshalb als "die einzige soziale Gruppe, in der ein mehr oder weniger rationales Verhältnis zur Idee eines 'kapitalistischen Autoritarismus' vorherrscht."<sup>123</sup> Seine

---

<sup>120</sup> Kljamkin, *Avtoritarnyj reŭim*, S.59. Ein Verbot großer Protestaktionen beim Übergang zu einer ökonomisch "starken Hand" befürworteten vor allem die Unternehmer und die Offiziere (53 Prozent).

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Unter ihnen gab es weniger, die eine Diktatur befürworteten, und weniger, die die Ursache der Krise Rußlands in der westlichen Politik, in einer Benachteiligung der Russen durch Nichtrussen und im Fehlen einer starken Führungsfigur sahen. Vgl. Kljamkin u.a., *Meŭdu avtoritarizmom i demokratijej*, S.83

<sup>123</sup> Kljamkin, *Avtoritarnyj reŭim*, S.53

Aussagen über die politischen Tendenzen der Unternehmer fanden seitdem ihre Bestätigung. Es waren seit 1994 vor allem Vertreter des neuen Business, wie Oleg Boiko, ehemals stellvertretender Vorsitzender und Finanzier der reformorientierten Partei "Demokratische Wahl Rußlands", die einer Verschiebung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen das Wort redeten.<sup>124</sup> Im Vorfeld der Dumawahlen des Jahres 1995 plädierten prominente Teile der neuen Finanzelite, insbesondere Banken wie Menatep, Imperial, Alfa und Stolitschnij, deren Sprachrohr Boiko davor gewesen war, offen für eine Verschiebung der Wahlen, da diese die politische Stabilität gefährdeten. Motiviert waren und sind derartige autoritäre Politikkonzepte dieser Gruppe vor allem durch die Angst, im Falle eines erneuten Machtwechsels zugunsten der Kommunisten ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtstellung zu verlieren oder zumindest strafrechtlich für Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung zur Verantwortung gezogen zu werden.<sup>125</sup>

## **7 Die politischen Werthaltungen der Bevölkerung in den Jahren 1995 und 1996**

Stephen Whitefield und Geoffrey Evans präsentieren die Ergebnisse einer im Sommer 1995 durchgeführten Umfrage, wobei sie auch auf die politischen Einstellungen der Anhänger der einzelnen Kandidaten für das Präsidentenamt eingehen.<sup>126</sup> 80 Prozent der Befragten befürworteten die Freiheit, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Organisationen zu gründen. 57 Prozent (1993: 65 Prozent) lehnten es ab, die Äußerung von Meinungen, die den Ansichten staatlicher Stellen widersprechen, zu beschränken.<sup>127</sup> Unter den Anhängern Jelzins, Jawlinskis, Schirinowskis, Tschernomyrdins, Sjuganows und Gaidars sprach sich jeweils eine absolute Mehrheit für die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Demonstrationen gegen die Regierung aus. Auch die These, daß die Demokratie am besten funktioniere, wenn es keiner Partei erlaubt sei, zu lange an der Macht zu bleiben, wurde jeweils von einer absoluten Mehrheit unterstützt.

Nach den Daten von Whitefield und Evans waren die Anhänger Sjuganows und Schirinowskis wesentlich stärker für staatlichen Interventionismus und antiwestlicher, ethnisch intoleranter, irredentistischer und undemokratischer eingestellt als die Anhänger Jelzins, Jawlinskis, Tschernomyrdins und Gaidars.<sup>128</sup> 56 Prozent der Anhänger Sjuganows lehnten das Ziel ab, "im Land eine Demokratie aufzubauen, in der politische Parteien um Regierungsmacht konkurrieren." Nur 25 Prozent unterstützten es. Unter den Anhängern Schirinowskis bejahte nur eine relative Mehrheit von 39 Prozent den Aufbau einer Demokratie; eine starke Minderheit von 34 Prozent war dagegen. Bei den Anhängern der anderen Präsidentschaftskandidaten befürworteten jeweils über 50 Prozent dieses Ziel. Insgesamt lehnten 29 Prozent der Befragten den Aufbau einer Demokratie ab; 40,5 Prozent sprachen sich dafür aus.<sup>129</sup> Interessant ist, daß eine Mehrheit der kommunistischen

---

<sup>124</sup> Kommersant-Daily, 1995, 14.3. Vgl. hierzu auch die Interviews mit Jegor Gajdar und Wladimir Semago in Moskovskie Novosti, 1995, 21 (26.3.-2.4.4), S.6

<sup>125</sup> Zur illegalen, sogenannten „spontanen Privatisierung“ vgl. Siehl, Elke: Privatisierung in Rußland. Untersuchungen des FKKS, 1997, 15

<sup>126</sup> Whitefield, Stephen/Evans, Geoffrey: Support for Democracy and Political Opposition in Russia, 1993-1995, in: Post-Soviet Affairs, Vol.12, 1996, 3, S. 218-242

<sup>127</sup> Ebd., S.224

<sup>128</sup> Ebd., S.236. Auf diese Charakteristika der Wählerschaft der KP und Schirinowskis hatten 1994 schon die Meinungsforscher der Stiftung "Öffentliche Meinung" hingewiesen. Vgl. Kljamkin, Igor; Lapkin, V.; Pantin, V.: Politickij kurs El'cina: predvaritel'nye itogi, in: Polis, 1994, 3, S.148-178, hier S.169, 172ff.

<sup>129</sup> Whitefield/Evans, Support for democracy, S.224

Wählerschaft das Ziel, im Land eine Demokratie aufzubauen, ablehnte, aber die These unterstützte, daß ein Machtwechsel der Demokratie förderlich sei. Die Ablehnung im ersten Fall könnte mit dem Terminus "Demokratie" zusammenhängen, unter dem teilweise die Herrschaft der "Demokraten" sowie wirtschaftliche und soziale Unordnung und Ungleichheit verstanden wird. Im zweiten Fall führte dagegen der implizierte Machtwechsel, d.h. die Ablösung der herrschenden "Partei der Macht", zu einer Zustimmung.

Die Umfrage enthielt des weiteren die These, daß es sich lohnen würde, "eine Führungsfigur zu unterstützen, die die wichtigsten, heute vor Rußland liegenden Probleme lösen könnte, auch wenn sie die Demokratie beseitigt." 67 Prozent der Anhänger Schirinowskis und 60 Prozent der Anhänger Sjuganows stimmten dieser suggestiv formulierten These zu. Sie reflektierten nicht, daß die Beseitigung der Demokratie zu noch größeren Problemen führen könnte. Aber auch unter den Anhängern Jelzins, Jawlinskis und Tschernomyrdins äußerte etwas mehr als ein Drittel Einverständnis. Die Zahl derer, die an der Demokratie festhielten, war am größten unter den Anhängern Tschernomyrdins und Jawlinskijs (43 Prozent). Im Jelzin- und Gaidar-Lager waren es 39 Prozent, im Schirinowski- und Sjuganow-Lager dagegen nur 16 Prozent.<sup>130</sup> Das Antwortverhalten auf diese letzte Frage weist wieder auf das große Verlangen nach einer starken Führungsfigur hin. Gleichzeitig zeigt es, daß durchaus ein Spannungsverhältnis zwischen diesem Verlangen und einer demokratischen Werthaltung besteht. Da in sämtlichen potentiellen Wählergruppen weniger als die Hälfte der Befragten der Demokratie den Vorzug vor einer Führungsfigur gab, kann nicht von einer konsolidierten demokratischen politischen Kultur gesprochen werden.

Leichter als die Zustimmung zur Demokratie, die teilweise mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ineingesetzt wird, fällt den Befragten die Ablehnung undemokratischer Alternativen und Szenarien. Im Oktober 1995 führte das Rußländische Unabhängige Institut für soziale und nationale Probleme (Rossijskij Nezavisimij Institut Social'nych i Nacional'nych Problem, im weiteren RNISNP) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine umfangreiche Umfrage über "das Massenbewußtsein der Rußländer in der Phase der gesellschaftlichen Transformation" durch.<sup>131</sup> Hierbei stimmten 70 Prozent der These zu, Rußland brauche eine starke Persönlichkeit, die imstande sei, in der Gesellschaft für Ordnung zu sorgen.<sup>132</sup> Eine absolute Mehrheit der Befragten lehnte gleichzeitig folgende undemokratische Aktionen, die der Bewältigung der Krise des Landes dienen sollten, ab: ein Betätigungsverbot für oppositionelle politische Vereinigungen und Zeitungen (68 Prozent), einen Militärputsch mit dem Ziel, im Land Ordnung herzustellen (68 Prozent), die Aussetzung sämtlicher Wahlen für die nächsten Jahre (63 Prozent), ein Verbot von Streiks und von Demonstrationen für eine Übergangszeit (60 Prozent) und eine Suspendierung der Tätigkeit des Parlaments für eine Übergangszeit sowie die Konzentration der gesamten Macht in den Händen des Präsidenten und der Regierung (50 Prozent).<sup>133</sup> Daß die Konkurrenz unterschiedlicher Eliten um Wählerstimmen von einer Mehrheit der Bevölkerung Rußlands unterstützt wird, zeigte sich auch bei einer weiteren Umfrage, die im Auftrag der Zentralen Wahl-

---

<sup>130</sup> Ebd., S.237

<sup>131</sup> Massovoe soznanie rossijan v period obščestvennoj transformacii: real'nost' protiv mifov. Rossijskij nezavisimyj institut social'nych i nacional'nych problem. Analitičeskij doklad po zakazy moskovskogo predstavitel'stva Fonda im. Fridricha Eberta. Moskva 1996, S.27-35. Vgl. hierzu auch FAZ, 20.2.1996, S.2.

<sup>132</sup> Massovoe soznanie rossijan, S.28

<sup>133</sup> Ebd., S.30

kommission der Rußländischen Föderation im Mai 1996 durchgeführt wurde. 59,2 Prozent der Befragten hielten einen Wettbewerb zwischen mehreren Kandidaten und ehrlich durchgeführte Wahlen für die beste Methode staatliche Machtorgane zu bilden. 22 Prozent plädierten demgegenüber für eine Kombination aus Wahlen von unten und Ernennungen von oben. 68 Prozent stimmten der Auffassung zu, daß sie insbesondere durch die (Neu)Wahl der staatlichen Gewalt die politische Entwicklung positiv beeinflussen könnten, während zehn Prozent dies verneinten.<sup>134</sup> Diese Zahlen deuten darauf hin, daß in Zeiten politischer Mobilisierung, insbesondere während der Präsidentschaftswahlen, die übliche Stimmung, auf die Politik keinen Einfluß nehmen zu können, stark abnimmt. Auch zeigen die Zahlen eine hohe Legitimität der vergleichsweise neuen demokratischen Verfahren an.

Das Politikverständnis eines Großteils der russischen Bevölkerung ist trotzdem stark auf Personen - hier insbesondere auf den Präsidenten - und kaum auf die Parteien ausgerichtet. Ungefähr die Hälfte der Befragten setzten kein Vertrauen in die Parteien. Gleichzeitig sprachen sich aber in der oben zitierten Umfrage vom Mai 1996 55 Prozent für ein Zwei- oder Mehrparteiensystem aus. Eine Minderheit von 30 Prozent plädierte demgegenüber für ein Einparteiensystem oder sprach sich grundsätzlich gegen Parteien aus.<sup>135</sup> Nur 20,1 Prozent der Befragten bezeichneten sich als Anhänger einer bestimmten Partei. Davon stand über die Hälfte der Kommunistischen Partei nahe. 75,6 Prozent der Befragten gaben demgegenüber an, keiner Partei anzuhängen.<sup>136</sup> Whitefield und Evans zufolge stieg die Zahl der Personen mit klarer Parteibindung von 13 Prozent im Jahr 1993 auf 29 Prozent im Sommer 1995. Die Zahl der aktiven Teilnehmer an gesellschaftlichen Organisationen blieb aber gleich.<sup>137</sup>

Das personalistische Politikverständnis zeigt sich auch darin, daß eine Mehrheit einer Präsidentialrepublik den Vorzug vor einer parlamentarischen Republik gibt. Sehr deutlich kam das Bedürfnis nach einer Personifizierung der Staatsgewalt bei der Umfrage zum Ausdruck, die die Zentrale Wahlkommission in Auftrag gegeben hatte. Hier sprachen sich 47,8 Prozent für eine Präsidentialrepublik, 20,8 Prozent für eine Sowjetrepublik, und nur 11,4 Prozent für eine parlamentarische Republik aus.<sup>138</sup> Bei der Umfrage des RNISNP votierten 26 Prozent für ein präsidentiale und 24 Prozent für eine präsidential-parlamentarische Republik. 16 Prozent sprachen sich für ein System aus Sowjets und nur sieben Prozent für eine parlamentarische Republik aus.<sup>139</sup> Die Forscher des RNISNP sahen darin ein Zeichen dafür, daß die öffentliche Meinung zu einer klaren Personifizierung der staatlichen Gewalt und "zu einer starken präsidentialen Regierungsform, d.h. zu einer 'autoritären Demokratie', nicht aber zu einer autoritären Diktatur" tendiere. Die Autoren schlossen einen Übergang von der einen zur anderen Form nicht aus, skizzierten aber keine möglichen Szenarien für eine solche Entwicklung und ließen auch offen, ob die verbreiteten politischen Werthaltungen dazu führen könnten.<sup>140</sup>

---

<sup>134</sup> Nezavisimaja Gazeta, 1.8.1996, S.5

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> Ebd.

<sup>137</sup> Whitefield/Evans, Support for Democracy, S.226 und 228

<sup>138</sup> Nezavisimaja Gazeta, 1.8.1996, S.5

<sup>139</sup> Vgl. Massovoe soznanie rossijan, S.35. Eine Präsidentialrepublik wurde am stärksten von denjenigen befürwortet, die sich ideologisch als "Demokraten", d.h. Anhänger der Marktreformenten bezeichneten. Sie sehen in einer starken Exekutive und einem schwachen Parlament die Voraussetzung für die Fortführung der wirtschaftlichen Modernisierung.

<sup>140</sup> Massovoe soznanie rossijan, S.28 und 35

## 8 Warum siegte Jelzin bei den Präsidentschaftswahlen?

Vor dem Hintergrund der herausgearbeiteten politischen Werthaltungen dürfte das Wahlverhalten der Bevölkerung im Juni/Juli 1996 verständlicher erscheinen. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 machte die Bevölkerung ihrem Unmut über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung und den Krieg in Tschetschenien Luft und stärkte deshalb die kommunistischen bzw. diesen nahestehende Kräfte in der Staatsduma, ohne damit größere politische Veränderungen herbeizuführen. Dagegen schreckte die Bevölkerung bei den Präsidentschaftswahlen vor einer wirklichen politischen Wende zurück. Insgesamt entschieden sich die Wähler damit für einen Mittelweg, das heißt sie übertrugen den Kommunisten nicht die gesamte Macht, sorgten aber dafür, daß sich Präsident und Regierung einem oppositionellen Parlament gegenübersehen.

Der Vergleich der Stimmungen vor den Präsidentschaftswahlen mit dem Wahlverhalten zeigt, daß aus in Umfragen ermittelten Meinungen zum Umbruch sowie zu einzelnen Institutionen und politischen Figuren nicht direkt auf politische Werthaltungen oder das Wahlverhalten geschlossen werden kann. So meinten zwischen dem Oktober 1994 und dem Januar 1996 50 bis 62 Prozent der Befragten, daß sich die Dinge nicht in die richtige Richtung entwickelten. Im Januar 1996 sprachen sich 55 Prozent für den Rücktritt von Präsident Jelzin aus.<sup>141</sup> Noch im Mai 1996, d.h. einen Monat vor dem ersten Wahlgang, hielten 56,8 Prozent Jelzin wegen seiner Politik in Tschetschenien "in keiner Weise für das Amt des Präsidenten geeignet". 53,8 Prozent (August 1995: 70,4 Prozent) mißbilligten die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die vom Präsidenten und der Regierung seit 1992 verfolgt worden war. Nur 16,1 Prozent stimmten der Einschätzung zu, Jelzin sei "der erfahrenste Politiker", dem man das Land für eine zweite Amtszeit anvertrauen könne.<sup>142</sup>

Jelzins Wahlsieg bedeutete eine Bestätigung des Herrschaftsanspruchs, d.h. die Legitimierung der regierenden Elite - und damit des politischen Systems - durch eine Mehrheit der Wählerschaft. Bei den Legitimationsquellen politischer Systeme wird zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung unterschieden. Das Ausmaß der spezifischen Unterstützung hängt dabei davon ab, inwieweit die Bürger ihre materielle Wohlfahrt und Sicherheit gewährleistet sehen.<sup>143</sup> Die angeführten Umfragen zeigen, daß die materiale Leistungsbilanz des Präsidenten und der Regierung insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der inneren Sicherheit negativ bewertet wurde. Das sich hieraus ergebende Defizit an spezifischer Unterstützung muß deshalb durch starke diffuse Unterstützung kompensiert worden sein. Diffuse Unterstützung fließt dem politischen System unabhängig von den Politikergebnissen, zu. Sie gilt weniger den Ergebnissen der Politik als der politischen Herrschaftsordnung, den Institutionen und Verfahren.<sup>144</sup> Das politische System ist als legitim anzusehen, "wenn es in der Wahrnehmung der Herrschaftsunterworfenen die am wenigsten schlechte Herrschaftsform darstellt."<sup>145</sup> Legitimität ergibt sich somit aus dem Urteil vieler Einzelner, "daß ein be-

---

<sup>141</sup> *Ekonomičeskije i Social'nye Peremeny ...*, 1996, 6, S.55

<sup>142</sup> *Segodnja*, 17.7.1996, S.5. Es handelte sich um Ergebnisse einer Umfrage, die vom Büro für angewandte soziologische Forschungen (*Bjuro prikladnych sociologičeskich issledovanij*) durchgeführt worden war.

<sup>143</sup> Merkel, Wolfgang: Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, hrsg. von Wolfgang Merkel, Opladen 1994, S.303-332, hier S.310f.

<sup>144</sup> Ebd.

<sup>145</sup> Merkel, *Theorien der Transformation*, S.52

stimmtes politisches System im Vergleich zu anderen längerfristig für den jeweiligen Beurteilenden mehr Vor- als Nachteile bringt."<sup>146</sup> Indem Jelzin und sein Wahlkampfstab die Präsidentschaftswahlen als Entscheidung über das Schicksal des existierenden politischen Systems, als Wahl zwischen zwei Herrschaftsordnungen bzw. Gesellschaftssystemen, nämlich zwischen (wenn auch unvollkommener) Freiheit und drohender (kommunistischer) Unfreiheit darstellten, waren sie imstande, diffuse Unterstützung zu mobilisieren. Die Wahlen wurden ein weiteres Mal zu einer Art Referendum über den grundsätzlichen Kurs des Landes.<sup>147</sup>

Es gibt mehrere Anhaltspunkte dafür, daß die Wahlen in diesem Sinne aufgefaßt wurden. Im Mai 1996 wurde die Fähigkeit Jelzins und Sjuganows, auf zentralen Politikfeldern wie der Inflations- und Kriminalitätsbekämpfung, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Krieg in Tschetschenien, der Situation im Gesundheitswesen und bei der sozialen Absicherung der ärmsten Bevölkerungsgruppen eine positive Wende herbeizuführen, praktisch gleich eingeschätzt. Jeweils zwischen 15 und 25 Prozent der Bevölkerung hielten die beiden Politiker für fähig, dies am schnellsten zu erreichen.<sup>148</sup> Die Mehrheit derjenigen, die beabsichtigte, für Jelzin zu stimmen, gab sich nicht einmal Illusionen hin, daß Jelzin seine Wahlkampfversprechen, nämlich die ausstehenden Löhne und Renten auszuführen und den Krieg in Tschetschenien zu beenden, einhalten würde.<sup>149</sup> Jelzins Wahlsieg über seinen kommunistischen Herausforderer dürfte daher nicht in erster Linie dadurch zu erklären sein, daß eine Mehrheit der Wähler seine Kompetenz und seine Handlungsmöglichkeiten in den genannten Bereichen deutlich höher einschätzte. Interessant vor dem Hintergrund des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen ist des weiteren eine Umfrage des Büros für angewandte soziologische Forschungen, derzufolge im Mai 1996 30,2 Prozent "das politische System, das wir vor den neunziger Jahre hatten", präferierten. 24,2 Prozent zogen dagegen "eine Demokratie nach westlichem Muster" und 15,7 Prozent "das gegenwärtige System" vor. 30 Prozent Befragten mit kommunistischer Orientierung standen somit 40 Prozent mit nichtkommunistischer Einstellung gegenüber.<sup>150</sup> Dieses Verhältnis entsprach genau dem Stimmenanteil Sjuganows und Jelzins im zweiten Wahlgang: 30,1 Millionen Wähler stimmten für Sjuganow, 40,2 Millionen für Jelzin.<sup>151</sup> Nach dem zweiten Wahlgang gaben schließlich 45 Prozent der Wähler Jelzins als Motiv ihrer Wahlentscheidung an, daß sie einen Sieg seines Kontrahenten Sjuganow hatten verhindern wollen. 50 Prozent hatten Jelzin gewählt, weil sie ihn unterstützten. Unter den Sjuganow-Wählern betrug der Anteil der "Negativ"-Wähler dagegen nur 35 Prozent, während 58 Prozent ihre Unterstützung für ihn als ihr Wahlmotiv angaben.<sup>152</sup>

---

<sup>146</sup> Ebd.

<sup>147</sup> Vgl. zum Wahlkampf: Belin, Laura/ Orttung, Robert W.: Electing a Fragile Political Stability, in: Transition, Vol. 3, 1997, 7.2., S.67-70; Matlock, Jack F.: The Struggle for the Kremlin, in: The New York Review of Books, August 8, 1996, S.28-34; Schejnis, Viktor: Die Präsidentschaftswahlen in Rußland: Ergebnisse und Perspektiven, in: Osteuropa, 1996, 11, S.1053-1071; Orttung, Robert W./Morvant, Penny/Parrish, Scott: Yeltsin Campaigns Hard to Secure Re-Election, in: Transition, Vol 2, 1996, 12.7, S.57-59; Orttung, Robert W.: Rejecting Communists, Voters Return Yeltsin to Office, in: Transition, Vol. 2, 1996, 26.7., S.6-7.

<sup>148</sup> Segodnja, 17.7.1996, S.5

<sup>149</sup> Levada, Jurij: Faktory i fantomy obã ~estvennogo doverija (postelektoral'nye razmyã lenija), in: Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ..., 1996, 5, S.7-12, hier S.8f.

<sup>150</sup> Segodnja, 17.7.1996, S.5. 27,1 Prozent der Befragten legten sich in dieser Umfrage nicht fest.

<sup>151</sup> Schejnis, Präsidentschaftswahlen in Rußland, S.1058. Dieses Stimmenverhältnis entsprach einem Stimmenanteil von 40 bzw. 53 Prozent.

<sup>152</sup> Segodnja, 26.7.1996, S.4

In der engeren Wählerschaft Jelzins, d.h. unter denjenigen, die schon Anfang Juni 1996 beabsichtigen, ihn im ersten Wahlgang zu wählen, gaben 32 Prozent die Fortsetzung der Reformen, 21 Prozent den Erhalt der Stabilität und 17 Prozent ihr Vertrauen in Jelzin als Politiker und Person als ihr Wahlmotiv an. In der Kernwählerschaft Sjuganows wollten demgegenüber 31 Prozent "all das zurückholen, was es früher an Gutem gab" und 23 Prozent "die Situation im Land radikal ändern". 20 Prozent gaben als Grund ihrer voraussichtlichen Wahlentscheidung ihr Vertrauen in Sjuganow als Politiker und Person an.<sup>153</sup>

Es war eine breite antikommunistische Koalition, die Jelzin die Wiederwahl bescherte. Viele Journalisten befürchteten bei einem Machtantritt der Kommunisten zumindest eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen in Form einer Zunahme politischer Bevormundung. Dies bewog sie, in den Monaten vor den beiden Wahlgängen die bis dahin geäußerte Kritik an Jelzin abzuschwächen und sie schließlich ganz einzustellen: Sjuganow ante portas! Die jelzinfreundliche Haltung von Rundfunk und Fernsehen ging deshalb nicht nur auf Druck von Seiten der Exekutive zurück. Unter den "neuen Russen", d.h. der seit der Perestrojka zu Reichtum gekommenen Schicht, befürchteten viele einen Verlust ihres Eigentums oder strafrechtliche Ermittlungen. In Teilen der Bevölkerung machte sich eine Angst vor erneuter Unfreiheit oder gar politischer Verfolgung breit, die von Jelzins Wahlkampfstab gezielt geschürt wurde. Schon im April 1996 befürchtete ein Drittel derjenigen, die beabsichtigten an den Wahlen teilzunehmen, bei einem Wahlsieg der Kommunisten die demokratischen Freiheiten oder die Arbeit zu verlieren und hatten Angst um ihre Kinder bzw. nahe Angehörige.<sup>154</sup> Den Kommunisten gelang es nicht, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Sie wurden vielmehr durch Äußerungen des KP-Mitglieds und Generals W. Warennikow verstärkt, der im August 1991 am Putschversuch gegen Gorbatschow teilgenommen hatte. Seinen Angaben zufolge existierte neben dem offiziellen Wahlprogramm der Kommunisten ein geheimes Maximalprogramm.<sup>155</sup>

Das Wahlverhalten eines Großteils der Bevölkerung muß im Zusammenhang mit der zentralen Forderung an das politische System gesehen werden, wie sie in dieser Studie herausgearbeitet wurde: der Forderung nach wirtschaftlich-sozialer Ordnung und politischer Stabilität. Der Anstieg der Unterstützung für Jelzin ging vor allem auf die Leute zurück, die zumindest den Status quo erhalten wollten, d.h. bei einem Machtantritt der Kommunisten eine Verschlechterung der Situation, noch mehr "Unordnung" befürchteten. Nach dem ersten Wahlgang erwarteten einer VCIOM-Umfrage zufolge 36 Prozent der Befragten keine Änderung der Situation bei einem Wahlsieg Jelzins. Für den Fall eines Sieges von Sjuganow gingen dagegen nur 14 Prozent davon aus, daß sich nichts ändern würde. Dagegen erwarteten 37 Prozent der Befragten eine Verschlechterung der Situation, sollte Sjuganow als Sieger aus den Wahlen hervorgehen. Bei Jelzin waren es nur 23 Prozent.<sup>156</sup>

Verstärkt wurde die Angst vor einer Zunahme der Instabilität durch Jelzin und seine Umgebung, da diese die Bereitschaft signalisierten, im Fall eines ungünstigen Wahlausgangs zu außerordentlichen politischen Maßnahmen zu greifen. Ende April 1996 plädierte Alexander Korschakow, der damalige Chef des Sicherheitsdienstes des Präsidenten, in einem Gespräch mit der britischen Zeitung "The Observer" dafür, die Wahlen an-

---

<sup>153</sup> Segodnja, 13.6.1996, S.3

<sup>154</sup> Zorkaja, N.A.: Prezidentskie vybory: elektoral'nye ustanovki rossijan v aprele 1996g., in: *Ekonomičeskie i Social'nye Peremeny ...*: 1996, 3, S.11-16, hier S.13f.

<sup>155</sup> Matlock, *The Struggle for the Kremlin*, S.29

<sup>156</sup> Segodnja, 25.06.1996



gesichts ihrer destabilisierenden Folgen zu verschieben oder ganz abzusagen.<sup>157</sup> Dies verstärkte bei einem Teil der Wählerschaft den Eindruck, daß mit einer politischen Krise zu rechnen sein würde, sollten sich Jelzins Wiederwahlchancen ungünstig entwickeln. Jelzin wies Korschakow zwar öffentlich zurecht, fügte aber höchst zweideutig an: "Korschakow ist nicht der einzige, der meint, daß ein Sieg Sjuganows einen Bürgerkrieg auslösen würde, aber ich glaube an die Weisheit der russischen Wähler, und deshalb werden die Wahlen ... stattfinden."<sup>158</sup> Doch die Hauptursache für den Sieg Jelzins ist nicht in diesen impliziten Drohungen der regierenden Elite, sondern - neben einem professionell geführten Wahlkampf - in der Entscheidung vieler Wähler für das kleinere Übel zu sehen. Noch Anfang 1996 richtete eine Mehrheit der Bevölkerung ihren Ärger über die Härten der Transformation vor allem gegen Jelzin. Mit dem Näherrücken der Wahl, d.h. der Notwendigkeit einer realen politischen Entscheidung, machte die "Transformationsverstimmung" einer pragmatischen Einschätzung der Situation Platz. Die Wähler entschieden sich für Jelzin, um einen Machtantritt der Kommunisten zu verhindern.

## **9 Zusammenfassung und Ausblick**

Die Meinungen der russischen Bevölkerung zum Umbruch und die Einstellungen gegenüber der Mehrzahl der politischen Institutionen sind als Ausdruck einer für die Reformländer typischen "Transformationsverstimmung" zu sehen. Direkte Schlußfolgerungen über die politischen Werthaltungen oder das Wahlverhalten können aus ihnen nicht gezogen werden. Das russische Stimmungsbild fügt sich in ein osteuropäisches Muster ein, das der bereits erwähnte ungarische Politiker und Soziologe G. Tamas folgendermaßen charakterisiert:

"Die öffentliche Meinung in unserer Region lehnt eine Diktatur ab, würde aber gerne einen starken Mann an der politischen Spitze sehen, befürwortet Regierung aus dem Volk, für und durch das Volk, ist aber nicht gut auf das Parlament, die Parteien und die Presse zu sprechen, möchte die amtierende Regierung aus dem Amt jagen, ohne die Idee einer festen Opposition zu billigen, unterstützt den Markt, der ein Codewort für westlichen Lebensstandard ist, möchte aber die Reichen bestrafen und enteignen."<sup>159</sup>

Auf der Ebene der politischen Werthaltungen gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß nennenswerte Teile der Gesellschaft eine autoritäre Staatsgewalt, das heißt die Herrschaft einer selbsternannten bzw. nicht abwählbaren Person bzw. solcher Führungsschichten befürworten. Trotz der skeptischen Einstellung gegenüber den Parteien zeigen Umfragen, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung ein Kernelement von Demokratie, nämlich die Herrschaftsbestellung über öffentlichen politischen Wettbewerb, unterstützt. Gegen die These von einer autoritären politischen Kultur spricht des weiteren, daß eine unkontrollierte Konzentration der Macht in den Händen einer Person bzw. einer Personengruppe von einer Mehrheit abgelehnt wird. Umfragen belegen auch, daß eine Einschränkung oder Beseitigung zentraler Freiheitsrechte wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Organisationsfreiheit abgelehnt werden.

---

<sup>157</sup> The Observer, 5.5. 1996, S.1 und S.20

<sup>158</sup> FAZ, 7.5.1996, S.1

<sup>159</sup> Tamas, G.: Socialism, Capitalism, and Modernity, in: Journal of Democracy, 1992, 3, 60-74, hier S.73, zit. nach Lipset, Social Requisites of Democracy Revisited, S.303

Die hohe Nachfrage nach einem "starken Mann", die nicht mit autoritär-diktatorischer Herrschaft gleichgesetzt wird, weist auf ein personalistisches Politikverständnis hin, das Ordnung in diesem Fall weniger von bestimmten institutionellen Arrangements und politischen Verfahren, als von "großen Männern" erwartet. Bei diesen Einstellungen handelt es sich in erster Linie um eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Umbruch, die durch die Schwäche des Staates *und* der gesellschaftlichen Selbstorganisation verstärkt wird. Der Wunsch nach einem "starken Mann" stellt kein Plädoyer für autoritäre Herrschaft, sondern eine personalisierte Form des Verlangens nach stabilen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und funktionierenden Institutionen dar. Generell ist eine Nachfrage nach charismatischen Führungspersonen, die schwache Institutionen ersetzen sollen, ein Krisenphänomen.

Eine Diktatur befürworten in Umfragen zwischen 25 und 30 Prozent der Befragten. Dieser hoch erscheinende Verbreitungsgrad antidemokratischer Einstellungen schlägt sich aber nicht in entsprechend hohen Stimmanteilen extremistischer Parteien nieder. Autoritäre politische Werthaltungen sind vor allem in der Wählerschaft von Schirinowski und der Kommunistischen Partei verbreitet. Tendenzen zu autoritären Politikkonzepten finden sich aber auch am entgegengesetzten Ende des politischen und sozioökonomischen Spektrums. Neben Angehörigen der Exekutive sprachen sich vor allem Vertreter der neuen Finanzelite seit 1995 für eine Verschiebung insbesondere der Präsidentschaftswahlen aus, da sie bei einem kommunistischen Wahlsieg den Verlust bzw. zumindest eine Schmälerung ihrer gesellschaftlich-ökonomischen Machtstellung befürchteten.

Die politische Kultur der Bevölkerung Rußlands ist als eine mit starken personalistischen Elementen angereicherte Mischung aus Beteiligungs- und Untertanenkultur zu charakterisieren, in der die Herrschaftsunterworfenen abgesehen von Wahlen überwiegend passiv bleiben, vor allem an den Ergebnissen der Politik interessiert sind und ihre Bürgerrechte, vor allem aber ihre Freiheitsrechte hoch schätzen. Politische Akteure dürften durch diese Werthaltungen nicht ermutigt werden, die demokratischen Spielregeln in eklatanter Weise zu verletzen. Von daher spricht vieles dafür, daß die politischen Werthaltungen der Bevölkerung Rußlands nicht das Haupthindernis im Demokratisierungsprozeß darstellen und ein Bedrohungspotential für das Überleben der Demokratie eher bei den Eliten als in der breiten Bevölkerung zu suchen ist. Wie sich die Bevölkerung bei einem Versuch einer verfassungswidrigen Machtübernahme bzw. einer Weigerung, die Macht trotz Abwahl abzugeben, verhalten würde, ist nicht vorherzusagen. Politische Kulturforscher betonen, daß aus in Umfragen ermittelten Einstellungen und Werthaltungen nicht unmittelbar auf zukünftiges Verhalten geschlossen werden kann, da dieses in hohem Maße kontextabhängig ist.<sup>160</sup> Die Bevölkerung bzw. Teile von ihr könnte gegenüber Bedrohungen der Demokratie Widerstand leisten, sie hinnehmen oder sie gar unterstützen. Letzteres erscheint allerdings sehr unwahrscheinlich. Das Verhalten der Bevölkerung würde unter anderem davon abhängen, wie sie die Möglichkeiten wirkungsvollen Handelns beurteilt, die wahrscheinlichen Kosten einzelner Verhaltensweisen einschätzt, und ob sie die Beendigung der Demokratie als legitim ansieht. Allerdings sind die Aktionsmöglichkeiten eines Großteils der Bevölkerung angesichts ihres niedrigen politischen Organisationsgrades als eher niedrig einzustufen.

Samuel Huntingtons Arbeiten über die Ursachen autoritärer Systemtransformationen lassen den Schluß zu, daß sich das politische System Rußlands vor allem bei einer

---

<sup>160</sup> Fleron, Frederic J.: Post-Soviet Political Culture in Russia: An Assessment of Recent Empirical Investigations, in: Europe-Asia Studies, Vol. 48, 1996, 2, S.225-260, hier S.248

langanhaltenden Fortdauer und Vertiefung der wirtschaftlichen Krise, sich verstärkender sozialer Polarisierung und bei einem weiteren Anstieg von Kriminalität und Korruption vom demokratischen Pol entfernen wird. Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, daß eine Verschlimmerung der wirtschaftlichen Krise und eine Zunahme der sozialen Auflösungserscheinungen, generell ein dauerhaftes Versagen der jungen rußländischen Demokratie, die Erwartungen der breiten Bevölkerung zu erfüllen, zu politischer Apathie und einem Protestverhalten bei Wahlen führt, das undemokratische Kräfte merklich stärkt und zu subjektiv nicht gewollten politischen Konsequenzen führt. Eines der wahrscheinlicheren Szenarien für eine autoritäre Entwicklung dürfte aber darin bestehen, daß die den politisch-wirtschaftlichen Status quo verteidigenden herrschenden Gruppen, insbesondere die Angehörigen der Exekutive und Vertreter der neuen Finanzelite, die Demokratie aufgeben, um linke oder populistische Bewegungen und ihre Führungsfiguren wie die Kommunisten oder den Ex-General und Populisten Lebed von der Macht auszuschließen. Die enormen wirtschaftlichen Probleme, die schwache Integrationsfähigkeit des politischen Systems, seine niedrige institutionelle Effizienz und schließlich die Selbstbereicherungstendenzen der neu-alten Staatsklasse, dürften im russischen politischen Leben ein dauerhaftes Mobilisierungspotential für Populisten ergeben. Sie werden für die herrschende Schicht eine Bedrohung bleiben.